

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 26. Jan. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht, am Dienstage aus den Händen des Fürstlich württembergischen Geheimen Rates von Stockhausen ein Kondolenz- und Beglückwünschungsschreiben Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Waldeck und Pyrmont entgegen zu nehmen.

Am gestrigen Tage geruhten Se. Majestät der König Allerhöchstich die höheren Zivilbeamten der Königlichen Ministerien und der Provinzial-Behörden, welche hier und in Potsdam ihren Sitz haben, einschließlich der Räthe vierter Klasse, ferner die hiesige evangelische Geistlichkeit, die Akademien der Wissenschaften und der Künste, die Universität, so wie den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung in corpore vorstellen zu lassen. Die Vorstellung fand um 1 Uhr Mittags in der Bildergalerie und im Weißen Saale des hiesigen Königlichen Schlosses statt. Bei dieser Gelegenheit geruhten Se. Majestät zugleich, einige Deputationen zu empfangen, welche bei Allerhöchst denselben um eine Audienz nachge sucht hatten.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Den Oberpfarrer Beissmann in Forst zum Superintendenten des Diözesen Forst zu ernennen; ferner dem Geheimen Kommerzien-Rath Meivissen zu Köln und dem Professor der Rechte an der Universität zu Brüssel, Dr. Arns aus Cleve, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs der Belgier Majestät ihnen verliehenen Ritterkreuzes des Leopold-Ordens zu ertheilen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst zu Solms-Lich und Höhen-Solms von Lich, und Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 8. Division, von Rudolphi, von Erfurt.

Telegramme der Posener Zeitung.

Triest, Freitag 25. Januar. Nach den mit der Ueberlandpost eingetroffenen Nachrichten aus Schanghai vom 6. Dezember waren die Berichte aus dem Norden günstig. Lord Elgin und Baron Groß waren in Schanghai angelkommen. Aus Japan war die Nachricht eingegangen, daß die Unterhandlungen des preußischen Gesandten wegen des Handelsvertrages noch nicht weiter gediehen waren. Aus Kanton reichen die Nachrichten bis zum 13. Dezember. Die Engbornen hatten zu dem Frieden wenig Vertrauen. Kanton hatte die ihm auferlegte Kriegskontribution bezahlt.

London, Freitag 25. Januar. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten melden aus Tientsin vom 30. November, daß Seitens Englands drei Regimenter, der Militärtrain und zwei Batterien dafelbst verbleiben. Die chinesische Regierung hatte bereits die erste Entschädigungszahlung geleistet. Lord Elgin war nach Japan abgegangen.

Paris, Freitag 25. Januar, Abends. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Gaëta sind neapolitanische Marineoffiziere, welche den Dienst in Gaëta verweigert haben, vor einem Kriegsgericht gestellt worden. Es befanden sich nur zwei neapolitanische Schiffe vor Gaëta.

Die heutige „Patrie“ leugnet, daß die Franzosen Rom verlassen werden.

Aus Konstantinopol wird vom 24. d. gemeldet, daß die Kommission in Beyrut die von Fuad Pascha gefällten Urtheile verworfen, und sich mit der hohen Pforte in Beziehung gesetzt habe. Bey Pascha ist zum Gesandten in Paris ernannt worden.

Kopenhagen, Freitag 25. Jan. Der General Graf Waldersee traf gestern Abend aus Berlin hier ein und wird morgen nach Stockholm reisen; für den hiesigen Hof hatte derselbe keine Mission. — Der preußische Gesandte, Geheimrat v. Balan, notifizierte heute dem Könige in offizieller Audienz das Ableben König Friedrich Wilhelms IV. und die Thronbesteigung König Wilhelms. — Nach der „Berlingschen Zeitung“ hat das Finanzministerium dem Kriegs- und Marineministerium gestattet, die für das nächste Finanzjahr bewilligten Gelder theilweise schon in diesem Finanzjahr zu verwenden.

(Eingeg. 26. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 25. Januar. [Die Vermittler im dänisch-deutschen Streite; Wirkung einer königlichen Rede; Huldigungsangelegenheit.] Der jetzt bekannt gewordene Depechenwechsel zwischen Berlin und London in Betreff des deutsch-dänischen Streites (s. unten) ist zwar ohne bestimmtes Ergebnis geblieben, doch hat die Veröffentlichung desselben insofern ein Interesse, als sie beweist, daß Preußen allerdings die dürftigen Anerbietungen Dänemarks entschieden abgewiesen und die Rechte der Herzogthümer in ihrem ganzen Umfange gewahrt, aber auch gegen England alle Formen höflichster Freundschaft beobachtet hat. Andererseits geht daraus hervor, daß die britischen Staatsmänner sich keineswegs unbedingt auf die Seite Dänemarks stellen, sondern ihren Einfluß ziemlich nachdrücklich geltend machen, um dem trostigen Nebermuth der Dänen bestredigende Zugeständnisse abzudringen. Ob die Bemühungen auch jetzt noch fortgesetzt werden oder nicht, kann augenblicklich für das Verhalten Deutschlands nicht maßgebend sein. Deutschland hat ruhig das Erekutionsverfahren in Vollzug zu sehen. Allen Anzeichen nach hat es keine thalsächliche Einmischung der europäischen Mächte zu besorgen. Die Bemühungen derselben, um den Starrsinn des däni-

schen Kabinetts zu brechen, werden sicher um so angestrengter und um so erfolgreicher sich erweisen, als die Haltung Deutschlands von unerschütterlicher Entschlossenheit zeugt. — Bekanntlich hat die „Wiener Zeitung“ vor einiger Zeit die Anrede mitgetheilt, welche unser König an die zu seiner Begründung versammelte Generalität gerichtet hat und welche die Wahrscheinlichkeit eines ernsten Kampfes für Preußen stark betonte. Wie ich höre, hat die westliche Diplomatie sich viel Mühe gegeben, ein Dementi gegen jene Mittheilung zu veranlassen. Da die Anstrengungen erfolglos blieben, so hat der Glaube an die Echtheit jenes Berichtes eine wichtige Bestätigung erhalten. Uebrigens scheint es, daß der Monarch die Wirkung seiner Worte richtig berechnet hat. Denn gerade seitdem dieselben bekannt geworden sind, gehen von Seiten Frankreichs und Sardinien die Beweuerungen friedliebendster Gesinnung ein. — Der Meldung, daß in Königsberg bereits die Voranstalten für großartige Huldigungs-Feierlichkeiten getroffen werden, ist von anderer Seite ein Widerspruch gegenübergetreten, welcher auf der Voraussetzung zu beruhen scheint, daß von solchen Feierlichkeiten überhaupt Abstand genommen sei. So viel ich erfahre, ist die Frage selbst noch nicht definitiv entschieden.

C. Berlin, 25. Jan. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König ließ sich heute von dem Geheimrat Illaire, dem Polizeipräsidenten v. Zeditz, dem Direktor im Hausministerium, Geheimrat v. Obstfelder, und dem Generalintendanten v. Hülsen Vortrag halten und empfing alsdann den gestern Abend von seiner Missions nach Kassel zurückgekehrten Generalleutnant v. Rudolphi. Mittags konferierte der König mit dem Minister v. Auerstädt und begab sich alsdann in das Palais des Kronprinzen, dessen Hochzeitstag heute ist, weshalb sich dort die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften zur Beglückwünschung eingefunden hatten. Auch die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin war von Potsdam gekommen, um den Kronprinzen und die Frau Kronprinzessin auch im Namen der Königin-Wittwe zu beglückwünschen; zugleich verabschiedete sich die hohe Frau, da sie am Sonntag Abend 8 Uhr mit dem Kölner Gilzog nach Haag abreist. Um 1 Uhr fuhr der König mit dem Kronprinzen und gefolgt von dem Generaladjutanten und Flügeladjutanten zur Vorstellung ins Schloß. Zu derselben waren beschieden die Zivilbeamten der Ministerien und Provinzialbehörden aus Berlin und Potsdam, mit Einschluss der Räthe 4. Klasse, die Berliner evangelische Geistlichkeit, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaft und Kunst, die Universitätslehrer, die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten; ebenso waren mehrere aus Provinzialstädten hier eingetroffene Deputationen und die neu einberufenen Mitglieder des Herrenhauses anwesend. Sämtliche Personen waren in der Bildergalerie und dem Weißen Saale aufgestellt und die Vorstellung erfolgte durch die Minister, Präsidenten &c., die Mitglieder des Herrenhauses stellte der Vizepräsident, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, vor. Der König durchschritt an der Seite des Kronprinzen die Reihen, und richtete an mehrere der Herren huldvolle Worte. Um 2½ Uhr war die Zirkumzession zu Ende und machte der König mit dem Kronprinzen hierauf dem Fürsten von Hohenzollern einen längeren Besuch. Das Diner nahm der König und die Königin im Palais des Kronprinzen ein und waren Abends dort auch mit den übrigen hohen Herrschaften zum Thee. Unter den hohen Gästen befanden sich auch der Herzog und die Herzogin von Augustenburg, die vom Schlosse Prümkenau hier eingetroffen sind. — Der Prinz August von Württemberg fuhr heute Morgen mit dem Generalarzt des Gardekorps, Dr. Stumpf, nach Potsdam und besichtigte die dortigen Militärlazarette. Nach einem Besuch bei der Königin-Wittwe lehrte der Prinz wieder hierher zurück. — Der Geburtstag des kleinen Prinzen Friedrich Wilhelm wird am Sonntag durch eine Familientafel gefeiert. — In diesen Tagen werden wieder mehrere hohe Gäste hier eintreffen. Der Herzog von Sachsen-Meiningen wird heute Abend kommen und im Palais des Prinzen Karl Wohnung nehmen. — Aus Stockholm ist heute der kommandirende General Graf Essen, mit zwei militärischen Begleitern, darunter sein Sohn, in außerordentlicher Mission hier eingetroffen. Heute Vormittag machte Graf Essen mit seinen Begleitern den Minister v. Schleinitz seine Aufwartung und wurde von dem schwedischen Gesandten Baron v. Taerka vorgestellt. Morgen Vormittag wird derselbe vom Könige in einer Privataudienz empfangen. — Der piemontesische General Lamarmara läßt sich schon seit drei Tagen erwarten. Der Gesandte, Graf de Launay, ist seither Morgen und Abends bei der Ankunft des Kölner Zuges auf dem Bahnhof gewesen, aber vergebens; heute Abend glaubt er den General bestimmt erwarten zu können. Der Sendung dieses Generals wird hier eine besondere Wichtigkeit beigelegt, da man voraussetzt, derselbe habe nicht bloß den Auftrag, unserm König ein Beglückwünschungsschreiben vom Könige Victor Emanuel zu überreichen. — Man wollte hier wissen, daß der König im April zur Huldigung nach Königsberg gehe, und daß zu diesem Zwecke bereits der Moskowiter Saal des dortigen Schlosses hergerichtet werden solle. Ich habe allerdings auch gehört, daß der König beabsichtigt, sofern es die Zeitverhältnisse gestatten, im April nach Königsberg zu gehen und alsdann auch die übrigen Provinzen zu besuchen, indeß ist von einer Huldigungsfeierlichkeit nicht die Rede. (Vgl. oben unsere AD-Korresp.) Bedenfalls werden diese Reisen aber nur dann angetreten, wenn das Frühjahr keine Verwicklungen bringt und bis jetzt werden solche noch immer erwartet.

[Preußische Depeschen in der holsteinischen Angelegenheit.] Die mehrere erwähnte Depesche, welche der Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Schleinitz, unter dem 8. November v. J. in Bezug auf die holsteinische Verfassungssache an den

königlichen Gesandten in London, Grafen Bernstorff, gerichtet hat, lautet wie folgt:

In der Anlage beehre ich mich, ein Memorandum abschriftlich zu Eurer Exzellenz Kenntniß zu bringen, welches Lord Bloomfield mir im Auftrage seines Hofes vertraulich mitgetheilt hat, um uns von den Schritten zu unterrichten, welche die königlich dänische Regierung zur Ausgleichung der Differenzen in der holsteinischen Verfassungssache zu thun beabsichtige. Danach würde von dem Kopenhagener Kabinett jetzt die Ansicht geltend gemacht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen und bei den in Holstein herrschenden Ereignissen der Gemüther zur Zeit unmöglich sei, die dem Herzogthume in der Gesamtvorstellung der Monarchie zu gebende Stellung endgültig zu ordnen. Man will vielmehr nur ein vorläufiges Abkommen treffen, welches zu einer ruhigeren Erörterung zwischen Regierung und Ständen den nötigen Spielraum gewähre. Eure Exzellenz werden leicht ermessen, wie peinlich wir uns hierdurch überrascht finden müsten. Schon sind seit den Verfassungsverhandlungen von 1851—52 neun Jahre erfolglos verstrichen. Als vor Jahresrhythmus der Bundestag endlich zu exekutiven Maßregeln übergehen wollte, wandte die königlich herzogliche Regierung den drohenden Schritt nur durch das Versprechen ab, daß schon in nächster Zeit Verhandlungen mit Vertretern des Landes eröffnet werden sollten. Auch dieses Jahr ist abgelaufen, ohne daß irgend etwas geschah wäre, und am Schlus wird vollends die Behauptung aufgestellt, daß die Erledigung der Sache wegen Ereignis der öffentlichen Stimmung unmöglich sei! Besteht eine solche Ereignis wirklich, so hat sie ihre Quelle gerade darin, daß die gegebenen Verhältnisse noch immer der Erfüllung harren, und es ist im Geiste das dringendste Bedürfnis, daß diese Angelegenheit sobald als möglich zum endlichen Austrage gebracht werde. Und in welcher Weise gedient die Regierung das Interimstitut zu regeln? Ihre Vorschläge in dieser Beziehung sind nicht minder unbefriedigend. Bekanntlich hat der Bund durch seinen Beschuß vom 8. März es vorigen Jahres bereits als unumgänglich notwendig ausgesprochen, daß für die Zwischenzeit bis zur Herstellung eines definitiven Verfassungszustandes alle Gesetze vorlagen in den gemeinsamen Angelegenheiten des Monarchie, welche dem Reichsrath zugeben, insoweit sie für Holstein Gültigkeit erhalten sollen, auch den holsteinischen Ständen vorzulegen seien, und daß kein Geley über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für Holstein erlassen werden dürfe, wenn es nicht die Zustimmung des Stände des Herzogthums erhalten habe. Die jetzigen Vorschläge Dänemarks bleiben weit hinter dieser Anordnung zurück. War für Geley, welche die Personen- und Eigentumsrechte betreffen, soll danach den Ständen ein Zustimmungsrecht eingeräumt werden. In den Finanzangelegenheiten aber, und gerade diese werden die wichtigste Stelle einnehmen, will man sie nicht hören. Die Regierung will aus eigener Machtvollkommenheit ein Averius festsetzen, welches von dem Herzogthum für die gemeinsamen Bedürfnisse der Monarchie gewissermaßen als ein Tribut beizusteuern wäre. Sie will den Betrag dieses Averius nach denjenigen Summen bemessen, welche sie in den letzten sechs Jahren ebenfalls ohne Zustimmung der Stände und in einer Höhe erhoben hat, die bereits Gegenstand vieler Klagen geworden ist. Neben die Verwendung jenes Averius soll den Ständen Holsteins keine Stimme zustehen. Nur wenn noch eine Erhöhung derselben erachtet würde, will man hierzu ihre Zustimmung einholen. In welche Ungleichheit der Stellung Holsteins auf diese Weise im Verhältniß zu den im Reichsrath vertretenen Theilen der Monarchie verlebt werden würde, leuchtet ein. Denn der Reichsrath hätte über die Steuern und deren Verwendung mit entscheidendem Potest zu befinden, und es muß als eine naheliegende und gerechtfertigte Besorgniß erscheinen, daß unter solchen Verhältnissen die Finanzkräfte des Herzogthums weniger dessen eigenen Interessen, als denen der übrigen Landestheile zu dienen haben würden. Es ist hiernach offenbar eine unbegründete Voraussetzung, auf welche das Memorandum des Londoner Kabinetts die Hoffnung baut, daß die dänischen Vorschläge Billigung finden würden, wenn dasselbe annimmt, daß nach diesen Vorschlägen die holsteinischen Stände über die ihr Herzogthum betreffenden Angelegenheiten tatsächlich dieselbe Kontrolle ausüben haben würden, welche dem Reichsrath über die für die anderen Theile der Monarchie bestimmten Angelegenheiten zu stehe. Mehrfach schon haben wir darauf hingewiesen, welche Rechtswidrigkeit überhaupt darin liegt, daß die dänische Regierung die Gesamtstaatsverfassung und namentlich den durch dieselbe ins Leben gerufenen Reichsrath noch fortwährend in Wirksamkeit beläßt, nachdem sie hat anerkennen müssen, daß die selben rücksichtlich Holsteins nicht zu Recht bestehen. Der Reichsrath sollte eine gemeinsame Vertretung für gemeinsame Interessen bilden. Er hat angehört, gemeinsame Vertretung zu sein, seit Holstein aus demselben ausgeschieden ist. Gleichwohl entscheidet er über gemeinsame Angelegenheiten, mithin auch über die gewichtigsten Interessen des von ihm nicht vertretenen Herzogthums Holstein. Wie abnorm dies ist, wie notwendig mit dem Ausscheiden Holsteins die Aufhebung des Reichsraths überhaupt gegeben war, leuchtet dem unbefangenen Blick ohne Weiteres ein. Eine Adoption der jetzigen Vorschläge Dänemarks aber würde implizit zugleich eine Billigung des Fortbestehens des Reichsraths in sich schließen. Und wann der so begründete interimsistische Zustand ein Ende nehmen würde, ist nicht wohl abzusehen. Wie man aber auch über die Vorschläge Dänemarks urtheilen möge, jedenfalls kann der Bund sich nicht, wie das Londoner Kabinett anzunehmen schenkt, ermächtigt fühlen, über die Regelung der Verhältnisse auf dieser Basis mit Dänemark zu paziieren, und Preußen ist daher auch nicht in der Lage, nach dem Wunsche Lord John Russells in diesem Sinne in Frankfurt zu wirken. Es handelt sich hier um Rechte der Stände, über welche der Bund nicht zu disponieren hat. Möge die dänische Regierung darüber mit den Ständen in Verbindung treten. Findet sie deren Zustimmung, so wird von Seiten des Bundes nichts dagegen zu erwarten sein. Solcher Art aber erscheinen die Vorschläge nicht, daß der Bund bei den Ständen auf deren Annahme hinwirken könnte, und eine etwa von der Regierung nach Maßgabe jener Vorschläge zu treffende Anordnung würde der Bund, so lange derselbe die Zustimmung der Stände fehlt, nicht als gültig anzuerkennen vermögen. Wie Eure Exzellenz aus dem Schluß der Deckschrift erscheinen werden, glaubt das Kopenhagener Kabinett eine Verstärkung in der holsteinischen Frage durch das Anerbieten gewisser Konzessionen in Betreff Schleswigs zu fördern. Wir können uns enthalten, im Einzelnen auf eine Würdigung der Bedeutung der in Aussicht gestellten Maßregeln einzugeben, denn die Voraussetzung, an welche sie als eine wesentliche Bedingung geknüpft werden, ist, nach unserer Überzeugung, für den Bund völlig unannehmbar. Es soll danach dem deutschen Bunde irgend ein Recht der Einmischung in die Angelegenheiten Schleswigs nicht zustehen. Alle diesem Herzogthum zu machen den Konzessionen sollen ausdrücklich als ein Ausflug des freien Willens der dänischen Regierung aufgefaßt und nicht als ein Zugeständniß der Autorität des Bundes in Bezug auf Schleswig gedeutet werden. Hierauf wird der Bund nie eingehen. Es ist allerdings ganz richtig und auch stets von uns anerkannt, daß das Herzogthum Schleswig nicht zum Verbande des deutschen Bundes gehört, und insofern also auch der Autorität des Bundes nicht unterliegt. Hiermit aber bleibt es höchstens sehr wohl vereinbar, daß der König von Dänemark, als Herzog von Schleswig, Beauftragt der Ausgleichung der streitigen Ansprüche Holsteins, gegen den deutschen Bund gewisse internationale Verpflichtungen in Betreff Schleswigs eingegangen und zu deren Erfüllung gehalten ist. Ich darf mich in dieser Hinsicht auf unsere ausführliche Deckschrift vom Juni d. J. beziehen, welche Eure Exzellenz zu seiner Zeit auch zur Kenntniß des englischen Kabinets gebracht haben. Der Geist, in welchem England so vielfach anderer Arten sein Gewicht in die Waagschale gelegt hat, wo es galt, einem Volke Freiheit gegen seine Regierung zu eringen, die denselben bis dahin rechtlich nicht zugestanden, die Grundätze in Betreff der Volksrechte, welche noch in diesen Tagen, unter dem 27. Oktober c. die Depesche Lord John Russells an Sir James Hudson in Turin diktiert haben, dürfen uns nicht zweifeln lassen, daß in der dänisch-deutschen Frage, in welcher es sich nur darum handelt, wohlgegrundete und verbriezte Freiheiten der Stände zu währen, Großbritannien keinen Anstand nehmen werde, bei dem Kabinett von

Kopenhagen mit seinem ganzen Einfluss auf Gewährung des Rechts hinzuwirken. Eure Exzellenz sind ermächtigt, in Erwiderung auf die uns kommunizierte Denkschrift dem Lord John Russell von dem Inhalte dieser Depesche Mittheilung zu machen. (gez.) Schleinitz.

Vorstehende Note wurde bekanntlich von Lord J. Russell am 8. Dezbr. beantwortet (s. Nr. 18). In den „H. N.“ wird nun dieser Notenwechsel noch durch die Veröffentlichung einer Depesche des Freiherrn von Schleinitz an den Grafen Bernstorff vom 29. Dezember ergänzt, welche an jene englische Antwort anknüpft. Dies Altenstück lautet:

Mein Erlass vom 8. November d. J., mit welchem ich Ew. Exzellenz das, die Differenzen zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark betreffende Memorandum des Londoner Kabinetts mitzuteilen mich beehrt, hat Lord John Russell veranlaßt, in einer an Mr. Bowyer gerichteten Depesche vom 8. d. M. über den Zweck und die Bedeutung jener Denkschrift noch einige Erläuterungen zu geben. Ich steh deshalb nicht an, zur Vervollständigung meiner früheren Mittheilung auch diese Depesche hineinzu bringen. Auch wir hatten, wie Ew. Exzellenz aus meinem Erlass vom 8. v. M. ersehen haben werden, die in dem Memorandum enthaltenen Vorschläge als Vorschläge der dänischen Regierung aufgefaßt. Daß aber auch England dieselben billige, glaubten wir nicht bloß im Allgemeinen daraus abnehmen zu müssen, daß das Londoner Kabinett sich hatte bereit finden lassen, und dieselben zu übermitteln, vielmehr schien uns dafür noch ganz besonders jene Stelle des Memorandums zu sprechen, welche ausdrücklich die Hoffnung äußerte, daß wenn der besprochene Plan dänischerseits in Frankfurt vorgelegt werden würde, Preußen denselben unterstützen werde. Zu unserer Genugtuung haben wir aus der neuesten Depesche des Lord John Russell entnehmen dürfen, daß es nicht in der Absicht der königlichen großbritannischen Regierung gelegen habe, die Vorschläge des Kopenhagener Kabinetts zur Annahme zu empfehlen, ja selbst nicht einmal sie als geeignet zu einer Basis für ein Abkommen zu bezeichnen. Von der dänischen Regierung war jerner angeboten, sie wolle den, bisher nach ihrem einheitlichen Ermeessen normierten Beitrag Holsteins zu den gemeinsamen Bedürfnissen der Monarchie ein für alle Mal, und zwar nach der Durchschnittssumme der letzten Jahre fixiren, dabei wurde aber ausdrücklich hinzugefügt, daß, so lange eine Erhöhung dieses Aversums nicht nötig werde, den holsteinischen Ständen eine Kontrolle über dessen Verwendung nicht zuziehen solle. Es mußte einleuchten, wie ungleich hierdurch Holsteins Stellung gegen die im Reichsrath vertretenen Landestheile werden würde, da der Reichsrath das Budget in allen seinen einzelnen Positionen zu bewilligen und dessen Verwendung zu überwachen hat. Ew. Exzellenz werden jetzt aus der Anlage ersehen, daß auch das Londoner Kabinett den Ständen Holsteins die Prüfung der Verwendung ihrer Beisteuer nicht entzogen wissen möchte. Die britische Regierung, sagt Lord John Russell im weiteren Verlauf der Depesche, würde es gern sehen, daß alle Theile der dänischen Monarchie in einem Parlament zu Kopenhagen in angemessener Weise vertreten wären, und, wenn dies unerreichbar sein sollte, daß das Königreich wie die Herzogtümer, ein jedes einen verhältnismäßigen Anteil an den gemeinsamen Lasten übernehme. Unsererseits haben wir hiegegen nicht das Mindeste einzuwenden. Wenn daher Lord John Russell aus meiner Depesche vom 8. v. M. folgern zu müssen glaubt, daß wir einen dahin abgerichteten Plan ablehnen würden, so kann dies nur eben sowohl auf einem Mißverständniß beruhen, als die Voraussetzung, daß wir früher den Plan einer gleichen Vertretung der verschiedenen Landestheile verworfen hätten. Im Gegenteil, wir haben stets darauf gedrungen, daß die gegebene Vertheilung, wonach die Monarchie eine Verfassung erhalten sollte, in welcher die einzelnen Landestheile eine gleichberechtigte Stellung neben einander einnehmen, endlich in Erfüllung gebracht werden möge. Eine ganz besondere Befriedigung hat uns der letzte Theil der Depesche vom 8. d. M. gewährt, wonach die königlich großbritannische Regierung nicht ansteht, die in Bezug auf Schleswig bestehenden internationalen Verpflichtungen Dänemarks gegen den deutschen Bunde, welche von dänischer Seite bisher befarblich in Abrede gestellt worden sind, ausdrücklich anzuerkennen. Daß diese Verpflichtungen nicht eine Einmischung des Bundes in die Details der Administration nach sich ziehen können, versteht sich von selbst. Eine Einmischung dieser Art ist aber auch bisher nie in Anspruch genommen worden. Wir halten uns verichert, daß der freimütige Ausdruck der Überzeugung, welche uns Lord John Russell in Bezug auf Dänemarks Verpflichtungen wegen Schleswig ausgesprochen hat, seine Wirkung bei dem Kopenhagener Kabinett um so weniger verfehlte, je weniger darin über die Unbefangenheit des englischen Hofes in dieser Frage und über dessen wohlwollende und freundliche Gesinnungen in Zweifel sein könnte. Schließlich noch ein Wort, zu welchem mich eine Bemerkung Lord John Russells gegen den Schlüß seiner Depesche veranlaßt. Wenn ich in meinem Erlass vom 8. November d. J. auf Lord John Russells damals kürzlich ergangene Depesche an Sir James Hudson Bezug nahm, so hatte ich dabei nicht die darin ausgesprochenen Grundsätze über das Recht der Nationalität im Auge, sondern vielmehr die Prinzipien über das Recht eines Volkes gegen seine Regierung. In ihnen mußte ich eine Bürgschaft dafür erblicken, daß England sich auch für die Rechte der Stände Holsteins gegen ihre Regierung interessieren werde. Ew. Exzellenz sind ermächtigt, den Inhalt dieser Depesche unter Bezugnahme unseres Dankes für die uns gegebenen Erläuterungen, vertraulich zur Kenntnis Lord John Russells zu bringen.

— [Politische Phantasien der „Volkszeitung“.] Die „Pr. 3.“ schreibt: „Vor einiger Zeit erklärte ein Konjunkturpolitiker der „Volkszeitung“ es für unausbleiblich, daß Rusland, wenn es seine polnischen Provinzen nicht verlieren wolle, ein Königreich Polen wieder herstellen, und daß die polnischen Provinzen Ostreichs diesem Königreiche einverlebt werden müßten. Unter diesen und anderen phantasiervollen Voraussetzungen scheute er sich nicht, die Aeußerung hinzuwirken, daß dann auch Preußen das Stück Posen, das bis jetzt noch überwiegend polnischen Charakters sei, dem Königreich Polen werde abtreten müssen. Da die Herren von der Redaktion der „Volkszeitung“, wenn wir nicht irrein, Mitglieder des Nationalvereins sind, so rathen wir ihnen, die letzte Nummer der Koburger Wochenschrift zu studiren. Es heißt darin: „Dß diese (polnischen) Bestrebungen in der Provinz Posen nimmermehr zu ihrem Ziele gelangen dürfen und sollen, darüber sind hoffentlich die vernünftigen Leute in Deutschland heut zu Tage vollkommen einig. Ganz abgesehen davon, daß beinahe die Hälfte der Posenschen Bevölkerung aus Deutschen besteht, ist unsere östliche Grenze gerade an dieser Stelle so ungünstig gezogen, daß jede weitere Schwächung derselben die Lebensinteressen Deutschlands ernstlich gefährden würde. Der Wahnsinn einer entgegengesetzten Auffassung, der sich noch im Jahre 1848 breit machte, ist, wie wir hoffen, gründlich geheilt, und damit wäre denn die eigentliche Gefahr, welche uns von Posen aus drohen könnte, so ziemlich beseitigt“ &c. Es versteht sich von selbst, daß es in der Provinz Posen keinen rechtfassenen Preußen gibt, der diesen Aeußerungen nicht zustimmt, und der die undeutschen Ausschaffungen der „Volkszeitung“ nicht mit Staunen gelesen hätte.“

— [Die Forderungen der Polen.] Die „Sp. Btg.“ schreibt: Wenn wir von einem Amendement im Herrenhause lesen, welches im Interesse der Polen auf „Gottes Ordnung“ hindeutet, und wenn der offiziöse „Constitutionnel“ Posen mit Schleswig vergleicht, so wird man in die Versuchung geführt, über alle solche Ideengänge zu lächeln. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß die polnischen Prediger und Schullehrer aus Posen vertrieben würden, oder daß man in Posen keinen polnischen Hauslehrer halten dürfe. Die Polen genießen unter preußischer Herrschaft Alles, was ihnen zukommt, und kein Mensch, der sich liberal nennt, kann für die angeblichen polnischen Ansprüche auftreten. Der Provinz Posen ist am 15. Mai 1815 geradezu gesagt worden, sie solle an der Konstitution teilnehmen, die man zu ertheilen beabsichtigte, außerdem wurden ihr Provinzialstände zugesichert. Letztere haben sie seit 1824, Erstere ist seit 1850 zur Wahrheit geworden. Die Provinz ist das, was sie ist, seit 1815 durch die Thätigkeit ganz Preußens

geworden: Eisenbahnen, Chausseen, Posten, Bildung und Ordnung sind seitdem geschaffen und wenn man nun noch etwas zu wünschen hat, so sei es nur, daß die Polen diese Thatsache als echte Ordnung Gottes anerkennen. Sie können so viele polnische Kirchen und Schulen anlegen, als sie wollen, sie haben ihre polnischen Zeittungen, allein freilich haben sie eine Sprache, die den Nächsten nicht lernt, keine Weltkultursprache, wie Deutschland, Frankreich, England, Italien sie haben, und auch das wäre wohl nicht zu übersehen. Daß es eine Anzahl Preußen giebt, die vorzugsweise polnisch sprechen oder lesen, hat weiter keine Bedeutung in den großen Staatsangelegenheiten und wer sich immer auf Assuranz von 1815 beruft, darf jedenfalls nicht daran denken, die Verträge von 1815 irgendwie zu verlegen.

— [Hannoversche Manzunre.] Man schreibt der „Sp. 3.“ von der Weser: Nach immer hat es von der hannoverschen Regierung nicht erlangt werden können, daß sie eine ganz kleine Strecke zu der zwischen der Köln-Mindener Eisenbahn und dem Jadebusen als Vorschläge der dänischen Regierung aufgefaßt. Daß aber auch England dieselben billige, glaubten wir nicht bloß im Allgemeinen daraus abnehmen zu müssen, daß das Londoner Kabinett sich hatte bereit finden lassen, und dieselben zu übermitteln, vielmehr schien uns dafür noch ganz besonders jene Stelle des Memorandums zu sprechen, welche ausdrücklich die Hoffnung äußerte, daß wenn der besprochene Plan dänischerseits in Frankfurt vorgelegt werden würde, Preußen denselben unterstützen werde. Zu unserer Genugtuung haben wir aus der neuesten Depesche des Lord John Russell entnehmen dürfen, daß es nicht in der Absicht der königlichen großbritannischen Regierung gelegen habe, die Vorschläge des Kopenhagener Kabinetts zur Annahme zu empfehlen, ja selbst nicht einmal sie als geeignet zu einer Basis für ein Abkommen zu bezeichnen. Von der dänischen Regierung war jerner angeboten, sie wolle den, bisher nach ihrem einheitlichen Ermeessen normierten Beitrag Holsteins zu den gemeinsamen Bedürfnissen der Monarchie ein für alle Mal, und zwar nach der Durchschnittssumme der letzten Jahre fixiren, dabei wurde aber ausdrücklich hinzugefügt, daß, so lange eine Erhöhung dieses Aversums nicht nötig werde, den holsteinischen Ständen eine Kontrolle über dessen Verwendung nicht zuziehen solle. Es mußte einleuchten, wie ungleich hierdurch Holsteins Stellung gegen die im Reichsrath vertretenen Landestheile werden würde, da der Reichsrath das Budget in allen seinen einzelnen Positionen zu bewilligen und dessen Verwendung zu überwachen hat. Ew. Exzellenz werden jetzt aus der Anlage ersehen, daß auch das Londoner Kabinett den Ständen Holsteins die Prüfung der Verwendung ihrer Beisteuer nicht entzogen wissen möchte. Die britische Regierung, sagt Lord John Russell im weiteren Verlauf der Depesche, würde es gern sehen, daß alle Theile der dänischen Monarchie in einem Parlament zu Kopenhagen in angemessener Weise vertreten wären, und, wenn dies unerreichbar sein sollte, daß das Königreich wie die Herzogtümer, ein jedes einen verhältnismäßigen Anteil an den gemeinsamen Lasten übernehme. Unsererseits haben wir hiegegen nicht das Mindeste einzuwenden. Wenn daher Lord John Russell aus meiner Depesche vom 8. v. M. folgern zu müssen glaubt, daß wir einen dahin abgerichteten Plan ablehnen würden, so kann dies nur eben sowohl auf einem Mißverständniß beruhen, als die Voraussetzung, daß wir früher den Plan einer gleichen Vertretung der verschiedenen Landestheile verworfen hätten. Im Gegenteil, wir haben stets darauf gedrungen, daß die gegebene Vertheilung, wonach die Monarchie eine Verfassung erhalten sollte, in welcher die einzelnen Landestheile eine gleichberechtigte Stellung neben einander einnehmen, endlich in Erfüllung gebracht werden möge. Eine ganz besondere Befriedigung hat uns der letzte Theil der Depesche vom 8. d. M. gewährt, wonach die königlich großbritannische Regierung nicht ansteht, die in Bezug auf Schleswig bestehenden internationalen Verpflichtungen Dänemarks gegen den deutschen Bunde, welche von dänischer Seite bisher befarblich in Abrede gestellt worden sind, ausdrücklich anzuerkennen. Daß diese Verpflichtungen nicht eine Einmischung des Bundes in die Details der Administration nach sich ziehen können, versteht sich von selbst. Eine Einmischung dieser Art ist aber auch bisher nie in Anspruch genommen worden. Wir halten uns verichert, daß der freimütige Ausdruck der Überzeugung, welche uns Lord John Russell in Bezug auf Dänemarks Verpflichtungen wegen Schleswig ausgesprochen hat, seine Wirkung bei dem Kopenhagener Kabinett um so weniger verfehlte, je weniger darin über die Unbefangenheit des englischen Hofes in dieser Frage und über dessen wohlwollende und freundliche Gesinnungen in Zweifel sein könnte. Schließlich noch ein Wort, zu welchem mich eine Bemerkung Lord John Russells gegen den Schlüß seiner Depesche veranlaßt. Wenn ich in meinem Erlass vom 8. November d. J. auf Lord John Russells damals kürzlich ergangene Depesche an Sir James Hudson Bezug nahm, so hatte ich dabei nicht die darin ausgesprochenen Grundsätze über das Recht der Nationalität im Auge, sondern vielmehr die Prinzipien über das Recht eines Volkes gegen seine Regierung. In ihnen mußte ich eine Bürgschaft dafür erblicken, daß England sich auch für die Rechte der Stände Holsteins gegen ihre Regierung interessieren werde. Ew. Exzellenz sind ermächtigt, den Inhalt dieser Depesche unter Bezugnahme unseres Dankes für die uns gegebenen Erläuterungen, vertraulich zur Kenntnis Lord John Russells zu bringen. (B. 3.)

Ostreich. Wien, 23. Januar. [Das kaiserliche Manifest an die Ungarn; Wahlagitation.] Das in Pesth veröffentlichte und vorgestern hierhergegangene Manifest an die ungarische Nation findet im Allgemeinen hier nur Billigung. Wollte die Regierung nicht im ganzen Reich den letzten Schluß von Autorität einbüßen, so mußte sie wohl endlich einem Treiben Einhalt gebieten, welches von der permanenten Revolution alles außer dem Namen hat, das Deaf selbst ganz einfach mit Anarchie bezeichnet hat. Nur ein Punkt erregt Bedenken, jene Hinweisung, daß das Fortschreiten auf der von einigen Komitaten beschrittenen Bahn nicht bloß für Ungarn verhängnisvoll werden könne. Überall sonst würde man sagen, es sei dem Verfasser des Manifestes nur darum zu thun gewesen, den Ungarn die schwere Verantwortlichkeit in grellem Lichte zu zeigen, es sei ein Appell mehr an Verstand und Gemüth des Volkes; wo aber die Überzeugung so allgemein, daß das Wenige, was bisher für die deutschen und slavischen Länder geschehen, auch nur geliehen sei und bei gelegener Zeit werde zurückgesordert werden, da findet jedes Wort die drollendste Auslegung, und der über das neue Unheben ohnehin nicht sehr erfreute Bauer fragt murrend, weshalb denn wir es abermals mitentgelten sollen, wenn die Ungarn sich überstürzen? Dazu kommen Symptome, welche den Gerüchten von Zusammenziehung einer Armee in und um Wien Nachdruck geben, es werden Einquartirungen, vorläufig auf sechs Wochen, angemeldet. Wo zu? Die Stimmung ist nicht rostig, Vertrauen gleich Null, die offizielle Interpretation der erlassenen Amnestien als bloße Nachsicht der Strafe, aber keineswegs Aufhebung der Nachwirkungen derselben hat wieder viel böses Blut gemacht (welch ein Vergleich mit der Behandlung Ungarns!), aber derart sind die Zustände hier wahrscheinlich nicht, daß die Regierung für Vermehrung ihrer Streitkräfte sorgen müßte. — Die Wahlbewegung wirkt höhere Wellen und die Regierung ergreift außerordentliche Sicherheitsmaßregeln gegen die Agitation der radikal Partei. Den Auschluß von Nichtwahlberechtigten bei Wahlversprechungen, die Löschung der kriegerisch Verurtheilten von den Wahllisten und die Internirung des Wiener Journalisten Mahler nach Graz beweisen zur Genüge, daß Ritter v. Schmerling die bevorstehenden Landtagswahlen nicht von den unabhängigen Liberalen beeinflußt wissen will. Nach den zurückgenommenen Ausweisungsordnes in Prag hat man hier die Meinung gehabt, daß die Aera der Ausweisungen und Internirungen überhaupt geendet sei; doch scheint die Maßregel gegen Herrn Mahler nicht geeignet, diese Meinung länger zu unterstützen. Allerdings ist der Betroffene ein Flüchtling von den Oktobertagen 1848 und erhielt nur aus Gründen der Menschlichkeit die Erlaubnis, sich für sechs Monate behufs einer Augenoperation in Wien aufzuhalten zu dürfen; aber man vermutete, daß nach Ablauf der Frist eine stillschweigende Duldung des halbblinden und unthäften Schriftstellers eintreten werde. Als Grund der unerwarteten Maßregel führt man an, daß in zwei hiesigen Vorstädten eine Agitation für die Wahl des Herrn Mahler begonnen und er selbst in indirekter Weise daran Theil genommen habe. (R. 3.)

— [Das Ministerium.] In Bezug auf die innere Organisation und alle sie betreffenden Gesetzgebungsarbeiten vernimmt man von unterrichteter Seite, daß Graf Rechberg ihnen, obgleich er noch nominell das Präsidium des Gesamtministeriums führt, ganz fern bleibt. Es sind fast ausschließlich der Staatsminister v. Schmerling, der Finanzminister v. Plener und der Chef des Justizministeriums v. Lasser, welche die Arbeiten, Wahlordnungen, Erlasses bezüglich der Vorbereitung des Landestatutes gemeinsam berathen und ansarbeiten, während alle auf Ungarn und dessen Nebenländer bezügliche Arbeiten von der Hofkanzlei unter Mitwirkung des Staatsministers ausgehen. Andererseits bleiben sämtliche Mitglieder des Ministeriums der auswärtigen Politik fern, die vom Grafen Rechberg ganz ausschließlich bearbeitet und geleitet wird. Man wird sich nicht verhehlen dürfen, daß ein solcher Zustand dem Staatsgange weder hinsichtlich der inneren Einrichtungen noch in seinen auswärtigen Beziehungen einer erträglichen Entwicklung günstig sein kann, und gleichwohl betrachtet man ihn noch als denjenigen, bei dem überhaupt eine Thätigkeit möglich ist,

denn an ein Zusammenwirken der diskordirenden Elemente, die das Ministerium bilden, ist leider nicht zu denken. (B. 3.)

— [Hirtenbriefe.] Der Fürst Erzbischof hat nachfolgendes Hirtenbeschreiben an die gesammte Geistlichkeit der Erzdiözese Wien erlassen:

Durch Gottes Zulassung hat Ostreich nun seit mehr als 12 Jahren mit Schwierigkeiten zu kämpfen, welche auf die Zustände des öffentlichen Schatzes eine eingreifende Rückwirkung übten. Auf die Erhütterungen, welche die Jahre 1848 und 1849 brachten, folgte die europäische Verwaltung, welche durch die Angelegenheiten der Türkei hervorgerufen wurde. Mit dem Jahre 1859 begann eine Verletzung von Ereignissen, welche noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Ostreich muß gegen augen hin auf einen Angriff gefaßt sein, welcher seit einer Reihe von Monaten laut angekündigt wird, und zwar auf den Angriff eines Feindes, welcher offen erklär, daß er alle, auch die schändlichsten Mittel in Bewegung setzen werde, und von dem Federmann weiß, daß er mit allen Parteiführern der Revolution in Verbindung stehe. Die innere Umstaltung, durch welche Se. Majestät allen Wünschen großmütig zu entsprechen trachten, hat an mehreren Orten, wenigstens für den Augenblick, Bestrebungen erweckt, welche die finanziellen Verlegenheiten um Vieles erhöhen. Es ist daher die Pflicht jedes Ostreichers, nach Vermögen beizutragen, daß die Regierung Sr. Majestät im Besitz des Mittel verbleibe, welche zu Rettung des Vaterlandes notwendig sind. Die Pflichten, die uns gegen das Vaterland obliegen, sind aber um so heiliger, da Ostreich weit über seine Grenzen hinaus die Interessen der sittlichen Ordnung vertritt. Die Revolution weiß sehr wohl, warum sie allen Plänen des Tyrannen, welche wider den Bestand des Kaiserthums gerichtet sind, so bereitwillig die Hand bietet: denn über den Trümmern von Ostreich hofft sie ihre Entwürfe zu vollenden und ganz Europa in ihrem Sinne zu gestalten. Der Priester soll der christlichen Gemeinde nicht nur ihre Pflichten ans Herz legen, sondern ihr auch bei Erfüllung derselben durch sein Beispiel vorangehen. Die kaiserliche Regierung hat, um den dringendsten Bedürfnissen zu genügen, eine Anleihe von 30 Millionen eröffnet, über welche die öffentlichen Blätter das Nähere enthalten. Die Bedingungen sind vortheilhaft und die Schulverschreibungen werden bei allen nicht in Klingender Münze zu entrichtenden Abgaben in vollem Nennwerthe angenommen. Ich ermahne und erfuhr daher die gesammte ehrenwürdige Geistlichkeit, sich nach Vermögen dabei zu beteiligen. Eine schnelle und vollständige Deckung der Anleihe ist nicht nur für die finanziellen Zwecke von Wichtigkeit, sondern sie wird auch der Welt beweisen, daß der Ostreich weit davon entfernt ist, an sich und dem Kaiserthume zu verzweifeln, und dadurch beitragen, das Vertrauen der Pflichtgetreuen zu haben und die Feinde und Wühler zu entmutigen. Der Herr verleihe Gnade und Segen und lasse, die auf ihn hoffen, nicht zu Schanden werden!“

Frankfurt a. M., 23. Jan. [Notifikation.] Heute Morgen überreichte in feierlicher Audienz auf dem Römer der königlich preußische Ministerresident, Geh. Legationsrat v. Wenzel, den beiden regierenden Bürgermeistern der freien Stadt Frankfurt das Notifikationsbeschreiben über das Ableben König Friedrich Wilhelms IV. und den Regierungsantritt des jetzigen Königs und seine neuen Beglaubigungsschreiben. (F. 3.)

Hessen. Cassel, 22. Jan. [Klage zur Rückwendung.] Die Klage des Dr. Detter, verantwortlichen Redakteurs der „Hess-Morgenzeitung“, welche derselbe in Veranlassung des Verbois seiner Flugblätter gegen die fortwährende Gültigkeit der Vollzugsverordnung zum Bundespregeze 1854 von erhoben hatte, ist bekanntlich vom hiesigen Obergerichte zurückgewiesen worden; Dr. Detter hatte hiergegen appellirt und nun ist, wie die „Kass. Ztg.“ hört, das zurückweisende Erkenntnis des Obergerichtes auch von dem Oberappellationsgerichte bestätigt worden.

Kassel. 23. Jan. [Audienzen.] Der Kurfürst hat gestern Mittag um 12 Uhr den von Sr. Maj. dem Könige von Preußen hierher gesandten Generallieutenant v. Rudolphi in besonderer Audienz empfangen und aus dessen Händen das Notifikationsbeschreiben über das erfolgte Ableben des Königs Friedrich Wilhelm IV. und die Thronbesteigung des Königs Wilhelm entgegenommen. Unmittelbar darauf empfing der Kurfürst den Wirklichen Geheimenrat v. Sydow, um das Schreiben des Königs von Preußen entgegenzunehmen, wodurch derselbe in seiner bisherigen Eigenschaft als außerordentlicher Gelehrter und bevollmächtigter Minister aufs Neue beglaubigt worden ist.

Lauenburg. Lauenburg, 22. Jan. [Verbot des Nationalvereins.] Das offizielle Wochenblatt für das Herzogthum Lauenburg veröffentlicht nachstehendes Ausschreiben der königlichen Regierung an alle Obrigkeitens des Herzogthums Lauenburg, betreffend das Verbot des „deutschen Nationalvereins“. „In Folge Allerhöchster Autorisation vom 16. Januar d. J. hat das f. Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg den „deutschen Nationalverein“ mit Rücksicht auf einen von den holsteinischen Mitgliedern desselben am 13. Januar in Kiel gefassten Beschuß, demzufolge dieselben es als ihre besondere Aufgabe erkennen, auf die Wiederherstellung und weitere Ausbildung der alten Verbindung Schleswigs mit Holstein und auf den engsten Anschluß an das zentralistische Deutschland hinzuwirken, in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg verboten. Vorstehendes wird den sämtlichen Obrigkeitens des Herzogthums Lauenburg mit dem Auftrage eröffnet, über die Nachahlung dieses Verbots zu wachen.“

Sächs. Herzogth. Eisenach, 22. Jan. [Beschlüsse des Nationalvereins.] Der Ausschuß des Nationalvereins hat vorgestern folgende Beschlüsse gefaßt: I. Derselbe erklärt, in Veranlassung des neuesten Vorgehens der grobherzoglich hessischen Regierung: Der Bundestag, welcher seit dem Jahre 1850 tatsächlich wieder in Wirklichkeit getreten, hat unter dem 23. August 1851, 6. und 13. Juli 1854 Beschlüsse über Aufhebung der Grundrechte, über Verhinderung des Missbrauchs der Presse und über das Vereinswesen gefaßt, welche schon nach der Bundesverfassung außerhalb seiner Kompetenz liegen und die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten nicht binden können. Es ist deshalb ein einfaches Gebot des Rechts, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln darauf zu wirken, daß die auf Grund jener Bundestagsbeschlüsse in einzelnen Staaten erlassenen Gesetze und Verordnungen wieder außer Kraft gesetzt werden. II. Derselbe erklärt: 1) die Bundesexekution in Holstein ist eine Notwendigkeit geworden. 2) Die Sache Holsteins ist von der Schleswigs nicht zu trennen. 3) Auf Erfolg ist nur dann zu rechnen, wenn die militärische und politische Führung in der Hand Preußens vereinigt wird. 4) Wenn Preußen und das gesamte deutsche Volk ihren Beruf erfüllen, so wird der Versuch der Reaction, die vaterländische Angelegenheit in ihrem Sinne auszubeuten, scheitern und, gleichzeitig mit Sühnung der alten Schmach in Schleswig

Allgemeine Aufmerksamkeit war in den letzten Tagen nach Gaeta gerichtet; aus der Entscheidung Franz II. wollte man ersehen, ob der Frühling die Völker unter die Waffen rufen werde, oder ob es gelinge, den drohenden Sturm noch einmal zu beschwören. Die Hoffnungen auf den Frieden haben nun freilich einen harten Stoß erhalten, denn die Festung setzt die Vertheidigung fort. In Turin erwartet man, daß das energische Vorgehen der Belagerungssarne den König zur Kapitulation zwingen werde. Ein mir vorliegender Brief aus Turin sagt: „Das Bombardement zwingt die Festung sofort zur Übergabe, aber wenn sie dasselbe nur einige Stunden aushält und zu erwidern vermag, so müssen wir uns auf eine Belagerung von einigen Monaten gefaßt machen.“ Auch in dem für die Sache der Bourbonen ungünstigsten Falle ist indessen mit dem Fall Gaeta's noch nichts entschieden, da Franz II. jedenfalls den Krieg in den Abruzzen fortführen wird, und die Absicht hegt, sich an die Spitze der dortigen Truppen zu stellen. Inzwischen werden hier Gerüchte laut und gewinnen täglich an Konsistenz, die eine neue Phase in der Geschichte Italiens erwarten lassen. Dass man in einzelnen Kreisen dem Kaiser Napoleon die Idee unterlegte, den König in Gaeta bisher gehalten zu haben, um den Bürgerkrieg in den neapolitanischen Staaten zu schüren und die Vereinigung mit Piemont zu erschweren, um in der Zwischenzeit das Terrain für einen französischen Prätendenten zu bearbeiten, habe ich Ihnen bereits mitgetheilt. Diese Ansicht verbreitet sich mehr und mehr; jetzt tritt sie sogar in der „Opinion nationale“ in die volle Daseinlichkeit über. Diese Zeitung erwähnt das Gerücht, welches ihr „vollkommen unwahrscheinlich“ erscheint; es ist indessen auffallend, daß sie dasselbe von einer Seite angreift, die wenig Berücksichtigung von dem Standpunkte der „Opinion nationale“ verdient; sie findet nämlich diese Idee der Regierung, wenn sie dieselbe hegt, ungern, weil sie eine Koalition gegen den Kaiser hervorrufen könnte. In der Frage der Nationalitäten nimmt das Blatt sonst gewöhnlich auf auswärtige Beziehungen wenig Rücksicht, und ich glaube, als Vertheidigerin dieses Prinzipes müßte dieselbe die Gründung eines neuen Thrones in Neapel eher von dieser Seite her befämpfen. Ein anderes (übrigens schon angedeutetes) Gerücht widerspricht dem vorhergehenden gewissermaßen; nach demselben hat die französische Regierung das Königreich Italien bereits anerkannt, dafür aber die Abtretnung der Insel Sardinien gefordert und zugesichert bekommen. Dasselbe Gerücht setzt hinzu, daß das englische Kabinett einen ähnlichen Vertrag eingegangen, indem demselben das Recht eingeräumt worden wäre, eine Besatzung nach Syrakus zu legen. Ich theile Ihnen diese Gerüchte ebenfalls mit, weil sie einen Aufschluß geben über die Anschauungen der Nation; ich brauche indessen wohl kaum hinzuzufügen, daß besonders die letztere Nachricht mir wenig glaublich erscheint. Es erscheint unzweifelhaft, daß die Mächte eher einen Murat auf dem Thron von Neapel anerkennen würden, als eine neue Ausdehnung der Grenzen Frankreichs. Augenblicklich ist übrigens die Stimmung hier feindlicher gegen Deutschland als je. „Presse“, „Patrie“ und „Opinion nationale“ beschäftigen sich angelegentlich mit uns, und freilich haben wir nicht, ich muß es gestehen, ihre Zufriedenheit erworben. Die erstere ermahnt uns Preußen vorzugsweise, weniger an Rossbach und mehr an Jena zu denken, und findet die Proklamationen, Reden und Ansprachen des Königs Wilhelm I. von einem „unbegreiflichen Leichtsinne“. (!!) Die zweite spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß man in Berlin im Augenblicke der Unterhandlungen über den Handelsvertrag an der aufrichtigen Freundschaft des Kaisers zweifeln könne; und die „Opinion nationale“, die sich instinktmäßig des Gegenseizes bewußt ist, der zwischen ihren Anschauungen und den Vertheidigern deutscher Freiheit herrscht, entdeckt, daß die Bewegung in Schleswig nur von den Deutschen angestiftet sei, um ihre Privilegien zu erhalten und die Inkorporation in den dänischen Gesamtstaat zu vermeiden, weil dessen Bürger alle gleich vor dem Gesetz seien; (!!) sie richtete deshalb ihre Blicke nach dem „reactionären (!) Deutschland“. Sie nennt im Verlauf des Artikels kurzweg die dänische Partei die liberale, die deutsche die aristokratische. Es ist schwer, den Vertheidigern der Nationalitäten zu gefallen; in Böhmen, Ungarn, Polen reactionär, aristokratisch und Volksunterdrücker, bleiben wir auch im Schleswig die Feinde der Freiheit.

Gegenüber diesen hohlen und flachen Delamationen der französischen Presse (ein englisches Blatt verglich sie neulich mit einer Klatschschwester, die auf der Schwelle ihres Hauses steht und mit ihren Nachbarinnen schwatzt, während ihr Braten verbrennt) ist es ein wohltuendes Gefühl, wenn man zufällig eine Broschüre in die Hand bekommt, die ohne Phrasen geschrieben, der Nation einen Spiegel vorhält, in dem ihren guten Eigenchaften kein überschwänglicher Weihrauch gestreut und den schlechten keine Schminke aufgelegt wird. Mit Ernst und Schärfe thut dies der Verfasser einer so eben erschienenen Flugschrift „la question brûlante“. Derselbe findet, daß es vor Allem noththut, der französischen Nation ein politisches Leben wiederzugeben auf Grund des Dekretes vom 24. Dezember. Es fehlt nicht an scharfen Hieben auf die Presse, die in ihrer jetzigen Beschaffenheit diese Aufgabe nicht erfüllen kann. „Man muß es gestehen, weil es wahr ist“, sagt der Verfasser, „daß PUBLITUM hat jedes Vertrauen in die Presse verloren, die nur im Solde der Industrie steht, die ohne Überzeugung tadeln, ohne Überzeugung lobt, deren Leidenschaft durch die Spekulation erloschen ist.“ An einer anderen Stelle fragt er, ob die Nation reif ist für das neue Regime, für die Freiheit, und er antwortet kurz: „Nein, denn es gibt in Frankreich weder eine öffentliche Meinung, noch eine politische Überzeugung, noch Liebe für das staatliche Leben, nichts von alledem, was Demokratien und Aristokratien gründet und den Monarchien Kraft giebt.“ Und weiter: „Man spricht von Gleichheit, und keiner will thun, was die Menge thut, denken, was die Menge denkt; wir vergessen, daß die Menge unser aller Herr ist; denn die Zahl macht das Gesetz, die Majorität giebt die Macht, und die allgemeine Abstimmung ist daraus hervorgegangen.“ Das Bild, welches uns der Verfasser entwirft, ist nicht gesmeichelt, allein es ist wahr; und um dem Auslande eine richtige Anschauung zu geben, habe ich mich vielleicht zu lange dabei aufgehalten. Leider ist die Flugschrift anonym erschienen; die Tendenzen derselben, so wie der Name des Verlegers lassen indessen darauf schließen, daß er der Partei angehört, die unter dem Namen der „parlementarischen“ bekannt ist und an deren Spitze Herr Ollivier, Graf d'Haussouville u. A. stehen. Eine Bemerkung noch über diesen Gegenstand. Der Verfasser traut der Regierung freisinnigere Absichten zu, als sie wirklich hegt; zum Beweise sei erwähnt, daß

dieselbe unter den vielen Bewerbern um eine Autorisation zur Gründung neuer Zeitschriften nur einem die Bewilligung gegeben hat; dem früheren Redakteur der „Presse“, Messner.

Inzwischen hat sich die Bevölkerung von Paris vortrefflich an den Freuden des Winters amüsiert. Der Kaiser gewährte ihr (N. 17) das Schauspiel eines Schlittschuhlaufs bei Fackelschein am Freitag Abend auf dem See von Longchamps. Er sowohl wie die Kaiserin waren erschienen und bewegten sich unter der Menge, die sehr bedeutend war, da der Eintritt jedem freistand. Die Damen waren sehr zahlreich versammelt, und ließen sich in kleinen Schlitten fahren. Das Fest endete erst gegen 1 Uhr in der Nacht; der Kaiser selbst blieb bis 12 Uhr. Er liebt es, frei ohne Begleitung unter den Leuten zu erscheinen, allein eine Garde verläßt ihn nicht, die geheime Polizei, die vielleicht ohne sein Wissen den Fuß einsetzt, wo er ihn aufhebt; von derselben gehören übrigens über 40 Mitglieder dem schönen Geschlechte an.

Paris, 22. Jan. [Dupin und die Scheidungsfrage; Hr. v. Morny; Stimmung in Savoyen und Nizza.] Es heißt, daß Hr. Dupin der Ältere in diesem Augenblick mit einer Arbeit über die Frage der Scheidung beschäftigt sei. Ob diese Arbeit ernstlich zu nehmen, weiß man nicht; jedenfalls ist dieses Gerücht ein Anzeichen der Situation, ohne daß daran nothwendig hervorgehen muß, daß, weil Napoleon I. sich geschieden hat, Napoleon III. es gleichfalls thun werde. Was Herrn Dupin betrifft, so ist er wohl im Stande, die sich widersprechenden Rechtsgelehrten in Übereinstimmung zu bringen, wenn sein Interesse ihm anräth, es zu thun. — Noch vor ungefähr drei Wochen, unter dem Eindruck gewisser damals umlaufenden Gerüchte, glaubte man, daß Hr. v. Morny nicht den Präidentenstuhl des geschebbenen Körpers während der gegenwärtigen Session einnehmen werde. Diese Voraussetzung hat sich nicht bestätigt. Hr. v. Morny behält die Präidentschaft und es würde einen sehr pittoresken Anblick bieten, wenn gleich nach dem Votum der Adresse die Diskussion sich auf die finanziellen Skandale der letzten Jahre übertragen sollte. Nicht allein der neulich in Mißkredit gefallene Finanzier würde es sein, dessen Operationen durch das Sieb der Diskussion gehen würden, sondern viel höher gestellte Männer, noch umgeben von der vergoldeten Aureole des glänzendsten Glücks, würden eine strenge Prüfung über die von ihnen bei gewissen Gelegenheiten gebrauchten Wege und Mittel zu erleiden haben. — Nach dem Wortlaut des Annexionsabschlusses von Saboien und Nizza ist es den Bürgern jener Länder bis zum 31. Dezember gestattet gewesen, sich für die eine oder die andere Nationalität, für die französische oder die piemontesische, zu bestimmen. Die Nizzaische Majorität, nach hinlänglicher Exprobation des beglückenden neuen Regimes, worunter zu leben sie bestimmt war, hat ihre Wahl getroffen; 14,000 auf 20,000 haben sich für Beibehaltung ihrer Nationalität ausgesprochen, sie wollen Italiener bleiben, und weigern sich, Franzosen zu werden. Die Verblendet! Die Regierung, von dieser Niederlage unangenehm berührt, hat sich an den Präfekten Paulze d'Isay gehalten, dem man vorgeworfen, die Kommissare und Gendarmen zur Begeisterung der Wahlen zu stark misbraucht zu haben. Dieser Beamte ist abberufen und nach einem Departement geschickt worden, welches mehr an solche präfektliche Manöver gewöhnt ist. (B. 3.)

Paris, 23. Jan. [Eröffnung des Senats.] Der heutige „Moniteur“ berichtet über die gestrige Senatsitzung. Der Senat versammelte sich um 2 Uhr unter dem Vorzeige seines ersten Präfidenten Troplong. Der Prinz Napoleon wohnte der Sitzung bei. Baron Lacrosse, Senatssekretär, las die kaiserlichen Decrete über die Einberufung des Senates und die Ernennung des Präfidenten und der Vizepräsidenten für das Jahr 1861 vor. Auf den Vorschlag des Präfidenten entschied der Senat, daß die Bureaux des Senats nicht erneuert werden sollten. Hr. Barroche verlas hierauf den Entwurf des Senatsbeschlusses, welcher lautet: „Die Protokolle der Sitzungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers, die von unter der Autorität des Präfidenten jeder Versammlung stehenden Sekretär-Redakteuren abgefaßt sind, werden allabendlich allen Blättern zur Verfügung gestellt. Außerdem erscheinen die durch die Stenographie wiedergegebenen Debatten jeder Sitzung in dem amtlichen Blatte des nächsten Tages in extenso abgedruckt.“ Der Senat zog sich sofort in seine Bureaux zurück, um eine Kommission von zehn Mitgliedern zur Prüfung dieses Senatskonsults zu ernennen. Die allgemeine Sitzung ward um 3 Uhr aufgehoben.

— [Die Lage in Italien.] Der Waffenstillstand von Gaeta ist zu Ende. Das Bombardement hat wieder seinen Anfang genommen. Man bezweifelt jetzt nicht, daß es in Gaeta zu Ende gehen werde, trotzdem versichern Legitimisten nach Briefen aus dem belagerten Platze selbst, der König werde, selbst wenn Gaeta genommen sein sollte, das Land nicht verlassen, sondern jeden Fuß breit vertheidigen. Die Aufstände in den Abruzzen nehmen so unerwartet große Dimensionen an, daß man hier auch in den militärischen Kreisen die Überzeugung hat, selbst der Fall der letzten Burg der Bourbonenherrschaft werde dem Widerstande, den die Anhänger der Dynastie mit so großer Energie organisiert haben, nur wenig Eintrag thun. Die Sympathien für die Piemontesen sind niemals stark gewesen in der französischen Armee. Die Poltronnerie gerade der hervorragendsten unter ihren Generälen, das komödiantenhafte Auftreten Victor Emanuels selbst, die forcirte Schnurrbartkultur vom König bis herab zu den jüngsten Lieutenants, die zweifelhafte Bravour einzelner namhafter Offiziere der im Ganzen unbestrittenen braven Armee, alles das giebt dem französischen Soldaten Stoff zu höhnenden Bemerkungen, die Unerhörtigkeit Franz II. und seiner kleinen Vertheidigungssarne wird um so mehr gerühmt und bewundert, je weniger man nach früheren Erfahrungen sie erwartet hatte. Man glaubt, der König werde, sobald die Festung sich nicht mehr zu halten im Stande ist, in den Kirchenstaat flüchten und von dort bei gelegener Zeit sich zu den Aufständischen in den Abruzzen begeben. Die Zuflucht auf einem französischen Schiffe, die ihm vom Kaiser angeboten war, hat er wie man verläßlich weiß, mit höflichem Danke abgelehnt, und Favre soll auf die Eventualität der Flucht in den Kirchenstaat hin bereits angefragt haben, welche Weisungen Frankreich dem General Goyon für diesen Fall zu geben denke. (B. 3.)

— [Tagesnotizen.] Der Baron Winsspear, der aus Gaeta in Paris angekommen ist, wurde heute vom Minister des Äußern empfangen. Eine Audienz beim Kaiser ist ihm versprochen worden. — Die „Mouette“, das einzige französische Schiff, welches vor Gaeta zurückgeblieben war, hat sich nun auch entfernt

und liegt vor Neapel. — Der König von Sardinien hat wiederum einen Brief an Napoleon III. durch einen seiner Adjutanten hierhergeschickt. — Admiral Le Barbier de Tiran wird morgen oder übermorgen hierherkommen. Sein Geschwader wird vor einigen Wochen, so viel man bis jetzt weiß, den Hafen von Toulon nicht verlassen. — Die französische Packetbootlinie zwischen Suez und Shanghai mit Anhalt in Saigon wird jetzt definitiv eingerichtet, nachdem man sie probeweise seit einiger Zeit befahren hatte. Die Messageries Imperiales werden, wie es heißt, den Dienst übernehmen. — Der Prozeß Patterson ist verschoben worden. — Das „Memorial de la Loire“ erfährt aus guter Quelle, daß die Rede davon ist, der ganzen französischen Armee Revolver mit 6 Läufen zu geben. Diese durchbare Waffe würde bei der Infanterie vermittelst eines elterlichen Hackens am Gürtel getragen werden und bei der Kavallerie im rechten Halster befindlich sein.

[Über das Verhalten Garibaldi's in der venezianischen Frage] spricht sich das „Journal des Débats“ folgendermaßen aus: „Man darf sich gar nicht verhehlen, daß die Worte Garibaldi's nicht mehr denselben Werth haben wie zur Zeit, wo Neapel in seiner Gewalt und eine füne Schar hinter ihm war, entschlossen, ihm überall hin zu folgen, weil sie noch im ersten Feuer einer außerordentlichen, ver wegen unternommenen und glücklich ausgeführten Unternehmung war. Ist dieses erste Feuer einmal erklart, so entzündet es sich kaum mehr mit gleicher Gewalt, und eine erst zerstreute irreguläre Truppe ist nicht so leicht wieder auf den ersten Ruf zusammenzubringen. Es ist sohin nicht zweifelhaft, daß, wenn der Wille Garibaldi's sich gegen den Willen Cavour's erhebe, dieser der stärkere bleibe. Um bei der Wahrheit zu bleiben, muß man übrigens bekennen, daß von seinem ersten Schritte an bis heute Garibaldi nichts gegen diesen Willen vermochte. Unser stets gut unterrichteter Turiner Korrespondent giebt zwar, wie die „Nationalités“ und die Mailänder „Italia“ zu, daß Garibaldi allerdings heute oder morgen anderen Einflüssen gehorchen kann, konstatirt aber, wie bescheiden Garibaldi dermalen dem Könige gegenüber ist.“

Italien.

Turin, 21. Jan. [Programm der Regierung.] Die ministerielle „Opinione“ sagt in einem „Programm der italienischen Politik“ überschriebenen Leitartikel: „Ohne die französische Intervention wäre die Eroberung der Lombardei und die Einigung so vieler anderer italienischen Provinzen unmöglich gewesen. Jetzt, nachdem 22 Millionen Italiener eine Nation konstituiert haben, müssen wir trachten, das Nebrige allein auszuführen. Wir müssen rüsten und uns vorbereiten, die erste Gelegenheit zu erfassen, Venetien zu befreien. Die römische Frage löst sich dann von selbst. Es ist augenblicklich, daß Frankreich Rom insolange nicht verläßt, als Ostreich in Italien Fuß hat. Wir werden Frankreich nicht den Krieg erklären, damit es Rom verlässe; wenn wir den Krieg erklären, so wird es gegen Ostreich sein, und dazu brauchen wir die Allianz Frankreichs. Aber um uns zu rüsten, brauchen wir Zeit. Wir müssen vor Allem an uns denken und Polen, Kroatien, Ungarn und Serbien bei Seite lassen.“

Rom, 19. Jan. [Demonstrationen; Geldzuflüsse; neapolitanische Truppen.] Das Fest der Stiftung des heiligen Stuhls (Cattedra di San Pietro), welches seit zwei Jahren für Rom eine politisch demonstrative Bedeutung erhalten hat, wurde gestern feierlich im Sankt Peter begangen. Die Zahl des teilnehmenden Volkes war indeß nicht groß, und die Demonstration nur hergebrachter Art. An den beiden Riesenäulen des Portals von Sankt Peter nahmen sich die Sonette, die man dort angeheftet hatte, wunderlich genug aus; sie trugen die Aufschrift: „An PIUS IX., den Obersten Pontifer, den legitimen König Umbriens, der Marken und der Romagna“. Die Illumination des Abends war nur mittelmäßig. — Der päpstliche Schatz füllt sich durch die Peterspfennige: die Beisteuer Frankreichs ist über alles Erwartete groß, und täglich, so sagt man, treffen Geldsendungen aus allen Ländern ein. Dies hat die päpstliche Regierung in Stand gesetzt, die rückständige Löhnung ihrer Truppen auszugießen. — Es sind übrigens noch nicht alle neapolitanischen Soldaten in ihre Heimat zurückgekehrt; viele, noch in ihrer Uniform, sieht man in den Straßen Roms; viele sind mit Weib und Kind in die Stadt gekommen, wo sie Betteln, und täglich den Palast der Gräfin Trapani im Corso belagern. In Segni auf dem Volksgebirge liegen noch mehr als hundert aus dem neapolitanischen Dienste entlassene Bayern, die sich in der häufigsten Not befinden sollen. (R. 3.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom schreibt man der (B. 3): „Was König Franz II. zum äußersten Widerstehen treibt, ist nach seinem eigenen Bekennen, die neuliche Neuherzung des Papstes gegen einen zwischen Rom und Gaeta häufig auf dem Wege befindlichen gefästgewandten französischen Legitimisten: „PIUS IX. wird unverzagt den Feinden in Rom die Stirne bieten, und der König thue dasselbe in seinem Gaeta.“ Er soll, sagt man, diese Worte für einen Befehl, für ein Drakel ansehen und darin auch hoffen. Mehrere mit den fremden Ministern von hier hingegangene Deutsche Offiziere, die zurückkehrten, fanden die Garnison nicht demoralisiert. Die ununterbrochene Zufuhr von der Seeseite her und die häufigen Besuche von Fremden aus Rom erhielt dieselbe bisher bei guter Laune. Dennoch hört man selbst in Gaeta, der König und seine Sache dürfen, wenn die Belagerung sich noch weit hinauszieht, von seinen eigenen Leuten verrathen werden. — Das von der Polizei geschlossene Theater Apollo hat wieder geöffnet werden müssen, weil die Reklamationen der für die Winteraison abonnirten ersten einheimischen und fremden Familien, der Diplomaten und auch der Königin Marie Christine von Spanien nicht länger abgewiesen werden konnten. Das Parterre aber ist zur Verhütung und sofortigen gewaltsamen Unterdrückung neuer nationaler Demonstrationen seitens des besuchenden Publikums jeden Abend zur Hälfte mit theils verkleideten, theils uniformirten Sbirren und Gendarmen besetzt. Wie besorgt, wie furchtlos übrigens die Regierung sich bei jeder ähnlichen Gelegenheit zeigt, davon erhielten wir eben einen neuen Beweis. Ein junger Mann, der in Via Mercede eine „fencing-school“ hält und meist nur Fremde zu Schülern hat, bat um die Erlaubnis, neben dem Fechtboden in diesem Winter zum ersten Mal eine Turnanstalt anzulegen. Denn eine öffentliche Turnschule besteht hier nicht. Doch dem Fechtmeister ward sein Gesuch vom Kardinal Staatssekretär mit dem Bemerkern rund abgeschlagen,

Turnanstalten seien als demagogische Institute bekannt und bereits als solche verurtheilt."

Nachrichten aus Gaeta, welche dem „Ami de la Religion“ zugehen, melden, daß der König, ungeachtet der Absahrt der französischen Flotte (wie schon wiederholt erwähnt worden), entschlossen ist, Widerstand zu leisten. In Folge der außerordentlichen Zunahme des Aufstandes in den Abruzzen hat man dem König gerathen, sich dahin zu begeben und die Vertheidigung Gaeta's den Generalen Marotti und Latour zu übertragen. Die Anwesenheit des Königs in den Abruzzen wird als unumgänglich nothwendig betrachtet; aber man befürchtet nur, daß seine Abreise auf die Garnison Einfluß haben und daß die Vertheidigung des Platzes dann mit weniger Energie betrieben werden würde. — Die Cavalli-Kanonen haben nicht die Wirkung, welche man von ihnen hoffte. Gialdini spricht in seinen Berichten von 5 in Batterie gestellten Cavalli-Kanonen, welche alle seine Erwartungen übertreffen. Nun befinden sich aber nicht 5, sondern 28 Cavalli-Kanonen in Batterie aufgestellt, und alle zusammen haben bis jetzt wenig Schaden angerichtet. — Im Falle sich der König in die Abruzzen zurückzieht, werden ihn 4 neapolitanische Generale begleiten, unter welchen man Bosco nennt.

Aus Turin, 24. Januar, wird telegraphisch gemeldet: Aus Mola di Gaeta eingetroffene Nachrichten vom gestrigen Abend melden, daß das Feuer von den Belagerern lebhaft fortgefeht, von der Festung aber nur schwach erwidert werde. In Florenz waren die königlichen Prinzen angelkommen, um den dortigen Festlichkeiten beiwohnen.

Aus Neapel vom 19. Januar wird über Marseille telegraphiert: Man hatte unter den entlassenen königlichen Offizieren zahlreiche Verhaftungen vorgenommen (s. Nr. 20) und anderen verboten, in Neapel ans Land zu steigen. Man hat sie nach Genua geschickt, wo die bereits verhafteten bourbonischen Generale internirt worden sind. Der „Nationale“, ein ministerielles Journal, sagt, daß die zuletzt verhafteten Offiziere des Monarchismus verdächtig waren. Haussuchungen sind angeordnet worden; aber die Nationalgarde, welche dieselben vornehmen sollte, hat ihre Mitwirkung verweigert. Dies ist offiziell. — Die Presse des Journals: „Das rote Kreuz“ sind von den Nationalgarden und den Garibaldianern zertrümmert worden. — Der „Indipendente“ sagt, daß General Vinelli die Erhebung in Chieti unterdrückt habe, und behauptet, daß er 38 Individuen hat erschießen lassen.

In Turin hat man mit Bedauern erfahren, daß der Prinz von Carignan Herrn Liborio Romano zum Minister ernannt hat. „Man liebt dort nicht die Leute, die sich einen Ruf wie Liborio erworben haben,“ schreibt man den „Débats“, „indessen Liborio ist der populärste Mann in Neapel. Dies ist traurig für die Neapolitaner, aber es ist so.“

Die Bewegung soll sich in den Abruzzen von Sora bis nach Arpino erstrecken. Die piemontesische Regierung entfaltete eine große Thätigkeit; sie schickte bedeutende Streitkräfte nach allen bedrohten Punkten. General Vinelli, der die Belagerung von Civitella del Tronto leitet, hatte Campi oberhalb Teramo verlassen, die Leitung der Blokade einem Genieobersten übertragen und sich nach Ascoli begeben, wo noch anderweitige Verstärkungen erwartet werden.

Den „Hamb. Nachr.“ wird aus Paris, vom 23. Jan., telegraphiert: Bei den in Neapel verhafteten und in den Forts internierten royalistischen Offizieren haben Haussuchungen durch die Nationalgarde stattgefunden. — Die Garnison von Gaeta beträgt 14.700 Mann. — Die reaktionäre Bewegung in Ascoli ist unterdrückt; 2000 Mann Piemontesen sind in Civita Nuova ausgeschifft. — Dem Vernehmen nach werden spanische Fregatten bei Civita Vecchia stationiert werden.

Ausland und Polen.

Petersburg, 17. Januar. [Preußen und Österreich.] Die „Wiedomost“ sagen über die Proklamation Sr. Maj. des Königs Wilhelm von Preußen an sein Volk: „Es gibt politische Alte, welche keiner langen Kommentare bedürfen; jedes Wort derselben spricht für sich selbst, atmet eine urechte Wahrheit; sollte sich aber dennoch beiemandem ein Zweifel einschleichen, so genügt es, auf die Unterschrift zu blicken, und alle kleinsten Erfindungen unpassenden Misstrauens müssen auf einmal schwinden.“ Das genannte Blatt findet in dieser Proklamation die Grundprinzipien der Handlungweise Preußens in edler und biederer Weise ausgedrückt. „Fern von allen eigennützigen Gedanken an politische Einverleibungen“, sagt das russische Blatt, „strebt Preußen nach einer moralischen Gemeinschaft mit seinen Stammgenossen; das Gefühl der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande, die heroische Bereitwilligkeit, das Leben fürs Vaterland einzusehen, machen Preußen zum Leitstern für viele wohlentkende germanische Patrioten und geben ihm das Recht, über die Herzen zu herrschen. In den Augen des Königs

Wilhelm ist Preußen und Deutschland Eins.“ Die „Wiedomost“ bemerken ferner, daß auch in Österreich jetzt, nach dem Zirkulare v. Schmerling's, daß Prinzip der deutschen Nationalität zu Ehren zu kommen scheine, und sprechen die Hoffnung aus, daß Österreich und Preußen fortan vermäßigt der gleichen Prinzipien des Liberalismus gemeinsam auf die übrigen deutschen Staaten einwirken werden, so daß die kleineren Mitglieder des deutschen Bundes von Berlin und Wien auf ein und dasselbe Ziel des Fortschrittes würden hingewiesen werden.

Aus dem Königreiche Polen, 23. Jan. [Truppenbewegungen; die Stimmung.] Sicherer Nachrichten aus Petersburg zufolge sollen die in Litauen und Wolhynien stationirten Armeekorps an die Grenzen des Königreichs rücken und an ihre Stelle Truppen aus dem Innern Russlands herangezogen werden. Die Beurlaubten sind bereits zurückgerufen und die Formierung dreier Truppenkorps auf Feldzat befohlen worden, wovon das eine gegen den Pruth, das andere gegen die Grenzen Polens und das dritte zur Verwendung nach Nothwendigkeit bis 1. März disponibel sein soll. — Die Agitationspartei im Königreich scheint es ganz darauf anzulegen, die Regierung zu provozieren und sie zu Maahregeln zu zwingen, die nach ihrer Meinung die Menge aufstacheln und zu Konflikten mit den Behörden reizen sollen. Daß die Regierung endlich die Geduld verliert und sich auf den Standpunkt der Strenge stellt, das dürfte diese Partei zum Nachteil der polnischen Sache und zur Trauer der Außigesinnten leider wohl nur zu frühe erfahren; ob aber die Absicht in Bezug auf die Regung des Volkes für die Strebungen der Exaltirten erreicht und die Menge überhaupt dafür gestimmt sein werde, ist eine Frage für deren Verneinung schon viele Anzeichen vorliegen, die nicht gerade günstig für die Illusionen der Agitatoren sein dürften. Der polnische Bauer hat, trotz seines Indifferentismus und seiner Theilnahmlosigkeit für andere als seine materiellen Interessen, doch schon herausgeföhlt, daß mit dem Sinken der Macht des ihn einst knechtenden Adels sein Los sich verbessert, und er unter einer geregelten Regierung sich jedesfalls wohler befindet, als seine Väter unter dem Druck der früheren Aristokratie sich befunden haben. Er merkt recht gut, daß unter den Strebungen der Exaltirten nach Freiheit nicht sowohl die Erringung einer nachhaltigen Garantie für die polnische Nationalität, als vielmehr die Wiedererlangung der früheren Oberherrschaft über das niedere Volk verstanden sei, und wird seine Hand dazu um so weniger leihen, als er andererseits viele der Edelleute, und gerade die meisten derer, welche etwas zu verlieren haben, sich von nüglichen Agitationen fern halten und ihre Kräfte einem nüglichen Streben für das polnische Volk zuwenden sieht. Auch der Nothkreis, daß die katholische Religion und Kirche in Gefahr sei und zu ihrer Rettung Alles herbeiziehen müsse, dürfte nicht mehr ziehen, nachdem die im Jahr 1848 durch diese Vorspiegelung aufgereizten Bauern in der Provinz Posen ihre Verblendung mit ihrem Gut und Blut bezahlt haben, während sich die Agitatoren hinter den Kulissen hielten. Es dürfte sonach auf die Bauern, welche hier an mehreren Stellen die zu ihrer Bearbeitung ausgesendeten Emissäre an die Woylämter ablieferen, nicht zu rechnen sein, und da ein eigentlicher Bürgerstand in Polen noch nicht existirt, und ein großer Theil namentlich des begüterten Adels sich von jeder Agitation gegen die Regierung fern hält, so beschränkt sich die Auffregung auf einen Theil der Exaltirten, die, meist ohne Mittel und Einfluß, bei einer Desorganisierung der Zustände nichts verlieren können, wohl aber zu gewinnen hoffen.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Jan. [Telegr.] Hier ist folgende amtliche Aufforderung erschienen: „Da die Marine zum Frühjahr Anwendung für mehrere Aerzte hat, so erucht der Stabsarzt der Marine solche Aerzte, welche dem Vaterland ihre Dienste widmen wollen, sich baldigst bei ihm zu melden.“

Türkei.

Konstantinopel, 16. Jan. [Kämpfe mit den Montenegrinern.] Ein türkischer Distrikt ist an Montenegro annexirt. Haufen von Montenegrinern halten zwei türkische Batallone in Kleck eingeschlossen. Die Pforte hat eine Fregatte hingeschickt, um dieselben an Bord zu nehmen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

In keinem der beiden Häuser des Landtags wird für diese Woche eine Sitzung erwartet. — Die Namen der Unterzeichner der im Herrenhause abgelehnten Adressamendements Hasselbach und Baumstark sind für die Fraktionsstellung im Herrenhause von Interesse; die 20 Unterzeichner des Baumstark'schen Amendements bilden, so zu sagen, die äußerste Linke, ohne indeß bis jetzt eine geschlossene Fraktion zu sein. Eines dieser Mitglieder, Herr Lautz aus Trier, gehörte bis vor Kurzem der Fraktion Brüggemann an. Das Amendum Hasselbach war unterzeichnet von 15 Mitgliedern: Brüggemann, Gadembach, Grimm, Groddeck, Hammars, Hasselbach, Jähnigen, Krausnick, Graf v.

Nesselrode, Ondereyck, Graf v. Rittberg, Rummel, Stupp, v. Beeskow, v. Zander; diese können als das linke Zentrum des Herrenhauses angesehen werden und gelten als Mitglieder der Fraktion Brüggemann.

Haus der Abgeordneten.

Wie wir vernehmen, ist von der Adresskommission des Abgeordnetenhauses der Abg. Beeler zu ihrem Berichtsteller für das Plenum des Hauses ernannt worden. Die Adresskommission hat vorgestern und gestern wieder Sitzung gehabt; heute wurde über die schleswig-holsteinische Sache verhandelt; Die Diskussion wird als sehr interessant und lebhaft geschildert. Den Druck des Adressentwurfs erwartet man frühzeitig zu Sonnabend, da derselbe vor der definitiven Annahme in der Kommission erst metallographiert werden und den Mitgliedern 24 Stunden vorliegen soll. Die Adressdebatte im Plenum ist daher erst zu Dienstag oder Mittwoch zu erwarten. — Die Grundsteuervorlagen im Haup der Abgeordneten sind dieses Mal so umfangreich, daß der Druck derselben noch mehrere Tage in Anspruch nimmt. — Die Geschäftsaufgabenkommission des Hauses der Abgeordneten hat über die Frage, ob die Mandate der Herren v. Heydebrand und der Lasa und Seubert durch ihre Ernennung zu Rittmeistern in der Landwehr erledigt seien, einen kurzen Bericht erstattet. Referent ist der Abg. Leue. Die Kommission hat die Frage für beide Abgeordneten einstimmig verneint. Der betreffende Artikel 78 der Verfassung, sagt die Kommission, hat nur die Verleihung befehlster Staatsämter im Auge; er unterscheidet die beiden Fälle, daß ein Abgeordneter ein befehlstes Staatsamt annimmt und zweitens im Staatsdienst in ein mit höherem Rang oder höherem Gehalt verbundenes Amt eintritt. Die Ernennung zum Rittmeister in der Landwehr ist aber kein Vorrecht, keine Begünstigung, legt mehr Pflichten auf, als daß für Rechte giebt; die Landwehrsoffiziere erhalten keine Besoldung, nur im Fall wirklicher Dienstleistung erhält ihnen baaren Auslagen. Die beiden Abgeordneten sind ferner nicht zu Eskadronchefs befördert, haben also kein neues militärisches Amt erhalten, nur eine Erhöhung in Rang, und diese hat das Erlöschen des Mandats nicht zur Folge. Die Praxis des Hauses ist ebenfalls für die Verneinung der vorliegenden Frage. Die Mandate des Abg. Kamp, dem 1853 der Charakter als Hauptmann außer Dienst beigelegt wurde, und des Abg. Scherer, der 1856 als Kreisrichter zum Kreisgericht ernannt wurde, haben die betreffenden Abgeordnetenhäuser für nicht erlöschene erklärt. Endlich hat das Abgeordnetenhaus am 8. Januar 1853 das Mandat des Abg. v. Pultammer, der nach seiner Wahl zum Rittmeister der Landwehr ernannt wurde, mit 158 gegen 142 Stimmen ebenfalls für nicht erlöschene erklärt.

Posen.

Posen, 26. Januar. [Militärisches.] Am Donnerstag hat hier die Übergabe der neuen Fahnen des 1. Niederschlesischen Inf. Reg. (Nr. 46) mit angemessener Feierlichkeit stattgefunden. Nähere Nachrichten über die Feier sind uns nicht zugegangen.

Posen, 26. Jan. [Der gesellige Verein des Posener Kreises.] Gestern fand hier eine Versammlung deutscher Landwirthe aus der Umgegend statt, welche der gesellige Verein des Posener Kreises veranstaltet hat. In dem von den zeitigen Vorstehern des Vereins, H. v. Tempelhoff, H. Junk, Nob. Baarh, unterzeichneten Einladungsschreiben heißt es u. A.: „Sezt wo die Nationalitäten sich Geltung zu verschaffen suchen, ist wohl in Ihnen, wie in dem Herzen jedes Deutschen, der Wunsch entstanden, auch in unserer Gegend zu beweisen, daß das deutsche Volk seine Grenzen gegen Osten vorgeschoben; der Welt zu zeigen, daß das Großherzogthum Posen nicht bloß von Deutschen regiert wird, daß auch ein namhafter Theil der Einwohner Deutsche sind und sein wollen. Die lebhafte Bekehrung an diesem Vereine würde wesentlich dazu beitragen, daß auch in weiteren höheren Kreisen die Selbständigkeit des deutschen Elements, welches unser Verein zu vertreten bemüht ist, eine größere Anerkennung finde und der Verein dadurch befähigt würde, in dieser Zeit eine kräftige Stütze unserer Rechte und Interessen zu sein.“ Wir können dem Vereine nur den besten Erfolg in seinem patriotischen und gemeinnützigen Streben wünschen. Die Wahrnehmung und Vertheidigung der eigenen Rechte ist die Pflicht jedes Bürgers, der Anspruch auf Achtung und Geltung in der bürgerlichen Gesellschaft macht. Diese Pflicht ist heute und in unserer Provinz dringender als je. Die deutsche Bevölkerung dieser Provinz kann nur dann auf die kräftige Unterstützung des preußischen und deutschen Vaterlandes rechnen, wenn sie öffentlich darlegt, daß sie sich als ein lebendiges und lebenskräftiges Glied der deutschen Nation betrachtet, daß sie die Stellung, welche die Vorsetzung ihr an den östl. Grenzmarken angewiesen hat, festzuhalten und gegen ungerechtfertigte Angriffe, woher dieselben auch kommen mögen, zu vertheidigen entschlossen ist. Durchdrungen von dieser Pflicht und Aufgabe, werden die Einzelnen gern ihre besonderen Wünsche und Meinungen der Gesamtheit unterordnen und dürfen überzeugt sein, daß sie alsdann um so sicherer auf die Zustimmung aller Parteien und selbst auf die Achtung und Anerkennung ihrer Gegner rechnen dürfen. Unter den Letzteren ist die Anzahl derer gering, welche, wenn sie die Frage gewissenhaft prüfen, die Wohlfahrt dieses Landes von der Förderung entgegengesetzter Bestrebungen erwarten. Wenn sie dennoch bis jetzt gewissen Einflüssen sich nicht entziehen zu können meinen, so werden sie das Streben ihrer deutschen Mitbürger, die Zustände unserer Provinz zu verbessern und zu konsolidiren, doch nur billigen und im Innersten ihres Herzens denselben Erfolg wünschen können.

Insolte und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Nach der leßtvilligen Verordnung des Karl Abraham Leo und seiner Chefrau Dorothea geb. Kohr vom 27. Juni 1857 ist den unverheilich bleibenden Töchtern der beiderseitigen Geschwister und Enkelinnen derselben, wenn sie sich nicht verheirathen und sonst keine oder nur spärliche Subsistenzmittel besitzen, ersteren falls jeder eine jährliche Rente von 150 Thlr., letzteren falls ein Zuschuß von der Höhe, daß ihr Gesamtkommen sich jährlich auf 150 Thlr. beläuft; eben so den Söhnen und Enkeln ihrer Geschwister, welche sich den Studien widmen, und nicht zureichende Mittel besitzen, für die Dauer ihrer Studienzeit, welche auf vier Jahre beschränkt worden ist, ein Stipendium von jährlich 200 Thlr. legirt worden.

Die Frage, in wieweit die genügenden Subsistenzmittel vorhanden sind, hat das Kuratorium im Sinne der Stiftung zu entscheiden.

Indem wir vorstehende testamentarische Be-

mündlich oder schriftlich unter Beibringung der erforderlichen Legitimation melden zu wollen.

Berlin, den 20. Januar 1861.

Das Kuratorium der Stiftung des Karl

Abraham Leo und seiner Chefrau Dorothea

Leo geb. Kohr.

Montag am 28. Januar c. Vormittags 10 Uhr werde ich am alten Markte vor der Rathswaage

ein starkes Wagenpferd (Fuchs),

eine Britschke,

einen Schlitten

und Pferdegeschirre

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend ver-

steigern. Lipschik, Auktionskommissarius.

Gin blühendes Material-Geschäft nebst

Einzelhandel ist auf längere Zeit zu verpachten.

Adr. in d. Exped. d. Btg. abzugeben.

Für Bandwurmfranke.

Ich heile Bandwurmfranke durch Entfernung des vollständigen Wurmes schmerz- und gefahrlos binnen 2 bis 4 Stunden; so wie auch diejenigen noch, welche Bandwurmluren mit ungünstigem Erfolge bereits sich unterzogen haben. Um Angabe des Alters, der Konstitution und Krankheitszufälle wird zugleich mit dem Meldebriefe erucht. Die Arznei ist verbindbar, der Preis nach Verhältniß 3 bis 4 Thlr.

Wigandsthal, Kreis Lauban, in Schlesien.

Dr. Raeschen, praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

All Arten Strohhüte, wie auch Herren-

panamas werden zum Waschen, Färben und Nach-

Berlin befördert.

H. Kantorowicz, geb. Weyl,

Neustr. 5, erste Etage.

(Bellage.)

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur Konkursmasse der Handlung Meyer Falk Nachfolger gehörige, hier in der Wilhelmstraße sub Nr. 7 befindliche Waarenlager, bestehend aus:

schwarzen und soutureten Seidenstoffen, französischen Chales, wollnen Kleiderstoffen, Gardinen, Teppichen, Matratzen, Säcken und Mantilien, Ballroben, Weben und Krapatten, seidenen und leinenen Taschentüchern, Leinwand und Tischdecken Stoffen zu Kirchen und Messgewändern u. s. w. soll vom 21. d. M. ab, unter Leitung

Sonnabend den 23. Februar d. J.

Vormittags 11 Uhr in meinem Amtsbüro hier selbst an-

raumt, wozu Bauunternehmer mit dem Be-

merken eingeladen werden, daß auf neue Bieter

sich in den einen oder anderen Weise bedürfen

sollten, ihre Ansprüche bei uns zur Geltung zu

bringen und sich dierhalb bei dem Vorste-

nden des Kuratoriums, Herrn Bürgermeister Hede-

mann, Schönebergerstraße Nr. 11, entweder

Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

Diese Anstalt vertheilt im Jahre 1861 an ihre Versicherten den Überschuss des Versicherungsjahres 1856, welcher 357,770 Thlr. 22 Sgr. beträgt und eine Dividende von

32 Prozent

ergiebt. Für bestehende Versicherungen wird dieselbe an der nächstfälligen Prämie in Abzug gebracht, für erloschene an die Inhaber der bezüglichen Dividendenscheine pro 1856, sofern deren Rückgabe spätestens bis 8. Dezember 1862 erfolgt, durch Baarzahlung gewährt.

Die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahrs 1860 waren wiederum sehr befriedigend. Durch einen reichen Zugang an neuen Versicherungen (1437 Personen mit 2,698,700 Thlr.), welcher größer war als in irgend einem der früheren Jahre, ist der Versicherungsbestand auf 22,900 Personen mit 37,400,000 Thlr., der Bankfonds auf etwa 10,200,000 Thlr. gestiegen.

Bei einer Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von ohngefähr 1,730,000 Thlr. waren nur 760,000 Thlr. für 465 gestorbene Versicherte zu vergüten, welcher Betrag wesentlich hinter der rechnungsmäßigen Erwartung zurücksteht.

Versicherungen werden vermittelt durch

Herm. Bielefeld in Posen.

A. C. Tepper in Bromberg.

Kreisgerichts-Kassenrendant **Müller** in Gnesen.

Apotheker **Skutsch** in Krotoschin.

S. G. Schubert in Lissa.

Ernst Fr. Jockisch in Meseritz.

Carl Zakobielski in Ostrowo.

Kanzl. Direktor **Spisky** in Schönlanke.

Nachener und Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft.

Grundkapital 3,000,000 Thlr. — Sgr.
Reserven am 31. Dezember 1859 2,551,160 20
Prämien- und Zinsen-Einnahme für 1859 (excl. der Prämien für spätere Jahre) 1,670,601 21

7,221,762 Thlr. 11 Sgr.

845,611,271 Mit Bezug auf vorstehenden Geschäftszustand der Gesellschaft halte ich mich zur Vermittlung von Versicherungen bestens empfohlen. Nähre Auskunft ertheile ich mit Vergnügen und bin gern bei Aufnahme von Anträgen behilflich.

Posen, den 15. Januar 1861.

Carl Borchardt,

Agent der Nachener und Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft.

Friedrichs- und Lindenstrassen. Cf. Nr. 19.

Alle Arten von Stroh-, Rosshaar- und Bordurenhüten werden zum Waschen und Modernisiren angenommen und nach Berlin befördert durch die Puffbandlung von

A. Roeder.

Bielefeldstraße Nr. 32 u.

Holzverkauf in den Graecker Forsten.

Im Revier Sielnien sollen:

1) Am 30. Januar c. Vormittags 9 Uhr 362 eisne Stämme, und

2) Am 31. Januar c. Vormittags 9 Uhr 400 eisne Stämme

meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkauft werden.

Forstamt Lassowko.

Beste öberschlesische Heizkohle bei **A. Krzyżanowski**,

Gerberdamm Nr. 10.

Für Knochen zahle ich die höchsten Preise und nehme solche in der Zerweer Fabrik in jedem Quantum, in der Stadt mindestens 10 Str. durch mein Gespann ab.

Louis Kantorowicz.

Breite Straße 10.

Von 100 Stück starken Eichen will ich die Vorste verkaufen. Anfragen portofrei.

Dom. Lopienno. **Wirth.**

Blühende Hyazinthen, Maiblumen, Tulpen, Eriten &c. sowie Blumenbüschel billig im Güntherschen Garten, Mühlstraße 10.

Schöne gelbe Saat-Lupinen sind zu verkaufen

Dom. Nnochowo bei Schrimm.

Kleesaaten und Grasfamen kaufen zu den höchsten Preisen, nach Neustadt a. W. und Posen zu liefern.

Louis Kantorowicz.

200 Stück junge Zuchtmutter-Schafe stehen auf dem Dom. **Gościejewo** bei Rogasen zum Verkauf. Die Uebereignung soll nach der Schur erfolgen.

Gicht- und Rheumatismus-Leidenden,

sowie Allen, die sich gegen diese Uebel schützen wollen, halten unsere **Waldwoll-Erzeugnisse** zur geneigten Berücksichtigung empfohlen. Nähres darüber und Alleinverkauf derselben bei Herrn **Eugen Werner** in Posen, Friedrichsstraße 29.

Ausserdem machen noch auf das im Buchhandel erschienene, in Posen durch Herrn **J. J. Heine** für 2½ Sgr. zu beziehende Schriftchen: **Die Pflege der Haut** ergebnist auftuernksam.

Die Waldwoll-Waarenfabrik in Remda im Thüringer Walde.

Wilhelm Bernhard, Optikus und Brennerei-Techniker

in Posen, Berlinerstraße Nr. 18, empfiehlt: Briz'sche geachte Alkoholometer, mit geachter Tabelle zu denselben, das Stück à 3 Thlr. Jeder Käufer erhält noch eine sehr genaue praktische Anweisung behufs recht schlämiger und sicherer Abwegung; ferner:

Vollständige Brennereibestecke, Normal-Manometer mit Zollgewicht &c. &c.

Ball-Handschuhe und Cravatten, Gummischuhe und Regenschirme billig.

Weisse Glacé-Herren-Handschuh à P. 12½ Sgr. Damen à P. 11 Sgr.

Carl Schönbrunn, Breslauerstr. Nr. 28/29.

Gummischuhe, seide und baumwollene Regenschirme empfiehlt die Weiz- und Kurzwaaren-Handlung **C. F. Schuppig**.

Gesundheits-Einlege-Sohlen, Gummischuhe prima und Kleiderhalter empfiehlt **S. Landsberg jun.**, Wasserstraße 13.

Gin gut erhaltenes Tafel-Instrument, kostet gr. Gerberstr. 51, 1 Tr. h., billig à Verkauf.

Dr. Suin de Boutemard's

mit vollem Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Dr. Suin

aromatische Zahnpasta, ein anerkannt zweckmäßiges, aus geläuterten und vollkommen geeigneten

Stoffen zusammengesetztes Präparat zur Cultivierung der Zähne und des Zahnschleisches reinigt bei weitem

schneller und sicherer als die seither bekannten und benutzten Mittel, ohne auch nur im geringsten den Zahnschmelz anzugreifen, und indem sie kräftigend und stärkend einwirkt, erheilt sie gleichzeitig der ganzen

Mundhöhle eine höchst wohlthätige Frische. — Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta empfiehlt sich daher

mit voller Rechte als eines der nützlichsten und auch wohlsiehen Cosmetics und wird von denen, die sich ihrer nur erst einmal bedient, sicherlich

mit besonderer Vorliebe immer gern wieder gekauft werden. — Alleiniges Lager (in 1/4 und 1/2 Päckchen à 12 Sgr. und 6 Sgr.) in Posen bei

J. Menzel, neben der Post.

Die Nicolai'sche Sort. Buchhandl. (M. Jagielski)

in Posen, Wilhelmplatz Nr. 16, empfiehlt ihr Musikalienlager in einer großen Auswahl der neuesten Erscheinungen.

Das Abonnement ist auf jährlich 4 Thlr. oder monatlich 10 Sgr. festgesetzt. Abonnenten erhalten beim Ankauf von Musikalien den höchsten Rabatt!

Bei diesen Bedingungen kann auch der Unbemittelte billig zu dem Genuss und der Kenntnis der neuen musikalischen Erscheinungen gelangen.

Heute wurde ausgegeben und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen, in Posen durch die Gebr. Scherck'sche Buchhandl. (Ernst Rehfeld), Bromberg Mittler, Lissa Günther, Ostrowo Priebsch:

Borwärts! Magazin für Kaufleute.

Neue Folge drittes Heft mit 10 Holzschnitt-Illustrationen.

Inhalt: Zweiter Brief von Gustav Spies, Mitgli. der preuß. Expedition nach Japan. Yokohama, den 22. Septbr. — Der Kaufmann der Ostsee. — Reformprogramm. — Die Tafelglas-Fabrikation. — Die Panama-Route. — Die Einreden im Wechselprozeß. — Die dopp. ital. Buchhaltung in England. — Mod. Auktionen. — Jeu de Paume.

Diese geschäfts-, gleich viel Belehrung wie Unterhaltung bietenden Blätter kosten im Abonnementspreis nur 7½ Sgr. pro Heft.

Leipzig, den 8. Januar 1861.

Verlagsbuchhandlung von Otto Spamer.

In unserm Verlage ist soeben erschienen und durch die J. J. Heine'sche Buchhandlung zu beziehen:

Zeitschrift

des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, Nr. 4.

Redigirt von Dr. Ernst Engel.

Preis des Jahrgangs von 12 Nummern, zusammen circa 36 Bogen

in Royal hoch Quart-Format, 1 Thlr. 18 Sgr.

Vorrätig sind noch Exemplare von Nr. 1 bis 3 incl., welche das 4. Quartal 1860 bilden und 12 Sgr. kosten.

Berlin, 25. Januar 1861.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker).

Abonnement

auf die vollständigen stenographischen Berichte und deren Altenstücke beider Häuser des Landtages werden unter gleichen Bedingungen wie seither, auswärts bei den Königlichen Post-Anstalten, für Berlin bei der Unterzeichneten, angenommen.

Berlin, den 15. Januar 1861.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker), Wilhelmstraße 75.

Familien-Nachrichten.

Die unter Gottes gnädigem Beistande heute früh 1/4 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau Agnes geb. Aufmoldt von einem gesunden kräftigen Knaben ehre ich mich ergeben anzugeben.

Posen, den 26. Januar 1861.

Hermann von Sydow, Prem. Rieut. im 1. Niederschlesischen Inf. Regt. Nr. 46.

Stadttheater.

Sonntag, zum Viertenmal: Kieselack und seine Nichte vom Ballet. Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten und 10 Bildern von Weirauch.

Montag, zur Nachfeier des 105jährigen Geburtstages Mozarts: Don Juan, oder: Der steinerne Gast.

In Vorbereitung: Dinorah, oder: Die Wallfahrt nach Ploermel, von Meyerbeer. Palm, ein deutscher Bürger, vom Professor Edvard. Die eiserne Maske. Die Jagd nach einem Mädchen, von Winterfeld. Die Ganner von Berlin, von Hugo Müller.

Gesellschafts-Lokal.

Sonntag den 27. Januar 1861. Tanzkranzchen. Peiser.

Lamberts Salon.

Sonntag den 27. Januar:

Concert.

Aufgang 5 Uhr. Entrée 2½ Sgr.

Montag den 28. d. M.: Konzert unter Mitwirkung des Fräulein Anna Kropf.

Mittwoch: Salon-Konzert. Sinfonie Hmoll von Emile Meyer. Entrée 5 Sgr. 3 Billets 10 Sgr. J. Lambert.

Hôtel de Saxe.

Montag den 28. Januar.

Salon-Concert

(Salteninstrumente)

von der Kapelle des 2. brandenburgischen Grenadier-Regiments (Nr. 12) unter der Direction des Kapellmeisters Herrn Überstein. Entrée 2½ Sgr. Familien von 3 Personen 5 Sgr. Aufgang 7 Uhr.

Die große Naturseligkeit,

ein lebendes Wunderkabinett mit zwei Köpfen, (im Alter von 8 Monaten und 12 Tagen) welche sich im früheren Hotel de la Bavière befindet und von

Morgens 9 bis Nachmittags 5 Uhr zu sehen ist, hat in Europa bis jetzt nicht seines Gleichen. — Der eine Kopf hat die Form eines Bullen, der andere die einer Esse; beide leben und nehmen Nahrung zu sich. In Berlin wurde dasselbe durch fünf Monate mit der größten Bewunderung beschaut und von den sämtlichen Professoren der Thierarzneischule und den berühmtesten Naturforschern als die größte Naturseligkeit anerkannt. Da von mehreren Hauptstädten die Aufforderung an mich ergangen ist, das "Wunderkabinett" auch dort zur Schau zu bringen, so wird dasselbe hier nur kurze Zeit zu sehen sein.

Entrée à Person: 2½ Sgr. und 1 Sgr.

W. Falckenstein.

Heute frische Wurst mit Sauerkohl zum Abendbrot bei G. Sachse, Rathskeller.

Posen, den 26. Januar 1861.

Hermann von Sydow, Prem. Rieut. im 1. Niederschlesischen Inf. Regt. Nr. 46.

Industrie-Aktien.

Desau, Kont. Gas. A. 5 92 Kl bz u B

Berl. Eisenb. Fabr. A. 5 60½ B

Hörder Hütten. A. 5 19 etw bz u G

Minerva, Bergw. A. 5 2½ G p. St.

Concordia, Feuerverv. A. 4 102½ B fco. St. 350 B

Magdeb. Feuerverv. A. 4 350 B

Oberschles. Litt. A. 4 100½ G

Oberschles. Litt. A. 4 100½ G